Freitag, 11. Januar 1924. **Einzelnummer 100000 Mark** 63. Jahrgang. Nr. 9.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 2 000 000, bei den Ausgabest. 2 020 000, durch Zeitungsb. 2 040 000, durch Post inkl. Geb. 2 047 500, ins Ausland 3 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens. 40 000 M. Reklameteil 100 000 M. *) Sonderplatz 50 % mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 40 000 M. „ *) Reklameteil 100 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Pazifismus Macdonalds.

Die Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald an der Spitze, rechnen damit, daß sie demnächst die Regierung Großbritanniens übernehmen werden. Sie wollen auf alle sozialistischen Maßnahmen verzichten und ihre Politik so einrichten, daß den Liberalen ihre Unterstützung möglich gemacht wird. Der englische König hatte im Dezember alles versucht, um einen Mißerfolg der Konservativen zu verhindern, und Baldwin hatte ihn nur durch die Betonung seiner konstitutionellen Rechte veranlassen können, das Dekret über die Auflösung des Unterhauses zu unterzeichnen. Aus diesem Grunde wurden jetzt auf einer Versammlung der Arbeiterpartei Drohungen gegen den König gerichtet. Der Redner scheute sich nicht, an das Schicksal Karls I., der enthauptet wurde, zu erinnern und gab dem König den Rat, seine Finger von der Politik wegzulassen.

Macdonald gab in einer Rede im Albertsaal sein Programm. Er erklärte, daß die Arbeiterführer sich nicht um die Regierung reißen, aber zur ihrer Übernahme bereit sind. Was das außenpolitische Programm Macdonalds anbetrifft, so zeichnet es sich durch eine überstarke Betonung des Friedensstrebens aus. Die Betonung friedlicher Absichten ist ja gegenwärtig bei allen Ministererklärungen, in allen Bündnisverträgen und Programmreden der Staatsmänner ein unentbehrliches Inventarstück, das häufig rein dekorative Bedeutung hat. Bei dem englischen Arbeiterführer jedoch kommt dieser Friedenswunsch unzweifelhaft aus tiefstem Herzen, denn die englischen Arbeiter sind durchweg pazifistisch gesinnt. Leider scheint Macdonald hoffnungslos in pazifistische Ideologie verstrickt zu sein. Will er sich doch nach Übernahme der Regierung mit einem Aufruf an die ganze Welt wenden, man solle eine Wiederholung des Weltkrieges nicht zulassen. Mehr als neun Zehntel aller Staaten der Welt freilich hat hierüber gar nichts zu bestimmen, da die Erhaltung des Friedens heutzutage von nur ganz wenigen Staaten abhängt und schließlich von einem einzigen, etwa von Frankreich, wider den Willen aller anderen gestört werden kann. Die englische Arbeiterpartei, die wohl wenig Kenntnisse von den Verhältnissen auf dem Festlande hat, will auf Einschränkung der Rüstungen hinwirken. An einer diesbezüglichen Verständigung sollen nicht nur die wirklich gerüsteten sondern auch entwaffnete Staaten wie Deutschland teilnehmen, die doch dabei nur die Rolle von Statisten spielen können, ferner offenbare Vasallen wie Belgien. Ferner soll der Völkerbund ausgebaut werden und dieser Institution Autorität und Vertrauen gesichert werden. Wie das aber geschehen soll, darüber hört man nichts.

Im ganzen genommen macht dieses Programm einen äußerst schwachen Eindruck. Vor allem fällt die Verkennung der wirklich vorhandenen und kräftigen machtpolitischen Bestrebungen in Europa auf. Frankreich treibt doch offenbar eine imperialistische Politik, denn das Gerede, daß Frankreich nur Reparationen wolle, ist doch ein derartig durchsichtiger Bluff, daß sich dadurch kein ernsthafter Politiker mehr täuschen lassen sollte.

Die Streitigkeiten zwischen Frankreich und England müssen aufhören, sagt Macdonald denn sie sind für beide Staaten unerwünscht. Wie sollen aber diese Streitigkeiten aufhören, wenn Macdonald die Rüstungen beschränken und den Völkerbund ausbauen will, Frankreich aber gerade entgegengesetzt wirkt? Da müssen doch solche Streitigkeiten unbedingt entstehen, und die Rolle Englands wird nur von vornherein verschlechtert, wenn jeder Appell an die Macht zu einer Programmwidrigkeit wird.

Ein anderer und für den Augenblick wenigstens weit erfolgreicherer Weg, um die Einigkeit zwischen England und Frankreich zu erhalten, ist die profranzösische Orientierung in der englischen Politik. Diese wird besonders von den extremen Konservativen, den „Diehards", vertreten. In der Presse stehen die Brüder und Erben Northcliffes auf diesem Standpunkt. Lord Rothermere hat im vorigen Jahre im „Sunday Pictoral" die Grundgedanken in der Richtung mit fast brutaler Aufrichtigkeit dargelegt.

England brauche, so führt er aus, um überhaupt Einfluß in Europa auszuüben, einen starken Verbündeten auf dem Kontinent, und das sei die von Frankreich geführte Mächtekoalition, die Belgien, Polen, Rumänien, Südslawien und die Tschechoslowakei umfaßte. Baldwin sei im Irrtum, wenn er glaube, durch die Zusammenfassung von Deutschland und Italien ein irgendwie ausreichendes Gegengewicht schaffen zu können. Die Lehre vom europäischen Gleichgewicht gehöre der Vergangenheit an, da England eine gleichwertige Alliance nicht bilden könne. Die Vormachtstellung, die Frankreich auf Grund seiner Bündnisse in Europa einnimmt, wäre nur durch einen Krieg zu beseitigen. Diesen könnte aber England mit einiger Aussicht auf Erfolg nur dann führen, wenn es 1. die englische Luftflotte auf 3000 bis 4000 Einheiten bringe, 2. die leichten Kreuzer in ungeheuren Proportionen vermehre und 3. die allgemeine Wehrpflicht sofort wieder einführe. Aber auch dann bliebe ein Krieg gegen Frankreich noch immer ein ungeheures Wagnis. London sei heute infolge der Umwälzungen auf militärischen Gebiet die europäische Hauptstadt, die am stärksten exponiert sei. Es könne sowohl durch eine Luftflotte als auch von der französischen Küste mit weittragenden Geschützen bombardiert werden. Aus diesen Gründen müsse er, Rothermere, erklären, daß England sich nicht gestatten dürfe, in einem herablassenden Tone mit Frankreich zu reden, und dann mit diesem Lande Händel anzufangen, etwa in der Ruhrfrage, in der die meisten Engländer auf der Seite Frankreichs ständen. England sei ebensowenig imstande, eine Sonderaktion gegen Frankreich zu eröffnen, wie das Fürstentum Monaco.

Im Gegensatz zu dieser profranzösischen Orientierung steht die prodeutsche, die im Kabinett Baldwin zahlreiche Vertreter gehabt haben soll. Diese Richtung scheint noch immer an das Gesetz vom europäischen Gleichgewicht und an die Möglichkeit, das europäische Gleichgewicht mit Hilfe Deutschlands wiederherzustellen, zu glauben. Wie man freilich dazu gelangen will, ist durchaus unklar. Nach der Einstellung des passiven Widerstandes vertrat die prodeutsche Publizistik die Ansicht, daß Deutschland ruiniert und zum Untergang reif sei. Sozialisten und Imperialisten, soweit sie prodeutsch orientiert sind, begegnen dieser Auffassung. Man erwartet eine Balkanisierung Deutschlands und eine Auflösung des Reiches. Auch die prodeutsche Richtung weiß, daß angesichts der militärischen Kraftverhältnisse ein direktes Eintreten Englands für Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ein eigenartiger Plan ist aufgetaucht wie England sich angesichts des deutschen Zusammenbruches schadlos halten solle.

Die rechtsliberale Zeitschrift „The Outlook" hat bereits im August vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß England, wenn die Sterbestunde des Deutschen Reiches komme, die deutschen Nord- und Ostseehäfen besetzen müsse. Der Verfasser des betreffenden Artikels hofft, daß die Anarchie bei der Auflösung des Reiches die besitzenden Klassen in den Nord- und Ostseehäfen bestimmen wird, England um die Besetzung zu bitten. Angesichts der engen Handelsbeziehungen und der zahlreichen norddeutschen Firmen, die mit angelsächsischem Kredit nicht arbeiten, wird dies in England nicht als unwahrscheinlich angesehen. Diese Einstellung erinnert stark an die Ereignisse in Rußland 1919 und 1920, wo England sich seinen Anteil an der russischen Beute durch Besetzung der russischen Küsten am Weißen, am Schwarzen und am Kaspischen Meer zu sichern suchte.

Zu Beginn des Abwehrkampfes an der Ruhr war in Deutschland die Meinung allgemein verbreitet, daß England Deutschland tatkräftig helfen und gegen Frankreich vorgehen werde. Nachdem England diese Erwartungen nicht befriedigt und dem Verfall Deutschlands tatenlos zugesehen hat, wird jetzt in Deutschland der Verdacht ausgesprochen, daß die sogenannte prodeutsche Richtung in England das Kabinett Cuno nur deshalb in das Ruhrabenteuer habe hineingehen lassen, um den Zerfall Deutschlands zu erreichen, dadurch die von Frankreich geführte Koalition zu sprengen und eine für England günstige Revision der Friedensverträge zu erreichen. Unzweifelhaft ist Deutschland der Gefahr des Zerfalles eine Zeitlang sehr nahe gekommen. Doch jetzt scheint zurzeit diese Gefahr weniger aktuell zu sein. Damit wäre also der schlau eingefädelte englische Plan mißglückt.

Ein Fehler von Deutschland wäre es, irgendwie auf die prodeutsche Richtung in England zu bauen. Diese Richtung baut sich nicht auf einer herzlichen Zuneigung zu Deutschland auf, sondern ist eine kalt berechnete machiavellistische Konzeption. Deutschland soll benutzt werden, um die dahinschwindende englische Macht von neuem zu sichern. Nach dem Scheitern dieses Planes wird die außenpolitische Lage Englands wirklich

Weitere Beratungen über die Finanzsanierung.

Am Mittwoch empfing der Ministerpräsident den Mitarbeiter des Finanzberaters Young, Herrn Nixon, mit dem er in längerer Konferenz Fragen besprach, die mit den Arbeiten auf dem Gebiete der Sanierung der Finanzen verbunden sind. Im Finanzministerium werden Vorbereitungen getroffen zur Herausgabe von Steuerbons durch die Regierung. Heute, am Donnerstag, findet im Finanzministerium eine Konferenz statt, die mit der Realisierung des Vollmachtgesetzes im Zusammenhang steht. An der Konferenz nehmen Politiker, Finanz- und Wirtschaftssachverständige, Universitätsprofessoren und Vertreter wirtschaftlicher Kreise teil. Den Vorsitz führt der Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als Finanzminister.

Der Senatsausschuß für Haushalt- und Finanzwesen setzte in seiner Mittwochsitzung im Beisein des Ministerpräsidenten die Aussprache über den vom Sejm angenommenen Gesetzentwurf über die Sanierung der Finanzen und die Valutareform fort. Im Laufe der Aussprache ergriff der Ministerpräsident mehrmals das Wort, um auf gestellte Fragen zu antworten. Er betonte u. a., daß er die Stillegung der Notenpresse für die wirksamste Intervention der Regierung halte. Im Zusammenhang mit dem vom Senator Adelman von der Christl. Demokratie vorgebrachten Projekt über die Einführung eines Spiritusmonopols erklärte Herr Grabski, daß betreffende Arbeiten im Gange seien. In der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf im Sejmwortlaut unverändert angenommen. Darauf nahm der Ausschuß den Gesetzentwurf über die Vorschriften für die Staatseinkommensteuer an.

Konferenz der Eisenbahnpräsidenten.

Am Dienstag fand im Eisenbahnministerium eine Konferenz der Eisenbahnpräsidenten statt, deren Vorsitz der Eisenbahnminister Tyszka führte, der die Direktionspräsidenten mit seinem Sanierungsprogramm für die Eisenbahnverwaltung bekannt machte. Die Hauptthesen seines Programms sind folgende: Die polnische Eisenbahn muß sich auf die Grundsätze eines industriellen Handelsunternehmens stützen und aufhören, den Staatsfiskus zu belasten. Die Eisenbahnwirtschaft muß genau nach entsprechendem Plan geführt werden. Der Minister trug allen Direktionspräsidenten auf, jeden Monat einen ausführlichen Bericht zu machen, um auf diese Weise die Wirtschaft der einzelnen Direktionen zu kontrollieren. In den Ausgaben müssen sie sich genau an das Budget halten. Die Budgets der einzelnen Direktionen werden ergänzt und verbessert. Die Direktive des Ministers ist eine rationelle Durchführung weitgehendster Sparsamkeit in den Investitionen bis zur Erlangung von Kapitalien für Zwecke der Investition und des Wiederaufbaus. Im weiteren Verlauf der Konferenz sprach der Direktor des Finanzdepartements, Dr. Staszewski, über die Frage der Umsatzkapitalien, die den einzelnen Direktionen bis zur Erlangung der vorgesehenen Einkünfte nötig sein werden.

Eine zweite Anzahlung auf die Vermögenssteuer.

In Kürze wird auf Grund des Gesetzes über die Sanierung der Staatsfinanzen eine Verordnung über eine zweite Anzahlung auf die Vermögenssteuer veröffentlicht werden.

Handelsbeziehungen Rußlands zum Westen.

Abbruch der russisch-französischen Verhandlungen.

Warschau, 9. Januar. Die vor einigen Tagen in der hiesigen Presse erschienenen Meldungen über den plötzlichen Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland werden jetzt bestätigt. Der Vertreter des russischen Handelsbureaus in Paris, Skobelew, hat den Auftrag erhalten, nach London abzureisen. In Paris hat diese Tatsache großen Eindruck gemacht. Man ist dort der Überzeugung, daß Rußland den Handel mit Frankreich boykottiert. Skobelew erklärte französischen Pressevertretern, daß Frankreich auf keine Erleichterungen im Handel mit Rußland rechnen könne, bevor die Situation nicht gehörig geklärt werde.

Rußland bevorzugt Deutschland.

„Daily Herald" unterstreicht in einem Artikel, daß die Politik der Sowjetregierung die französischen Pläne durchkreuzt und vor allem die deutsche Industrie von der Abhängigkeit von Frankreich befreien wolle. „Manchester Guardian" schreibt, daß Rußland besonders Deutschland Konzessionen gewähre. Innerhalb 18 Monaten habe die Sowjetregierung 300 Angebote deutscher Industrieller berücksichtigt. Konzessionen auf Holz seien einem deutschen Konzern gewährt worden, an dessen Spitze der ehemalige deutsche Kanzler Wirth steht. Dieser Trust arbeite mit einem Kapital von 40 Millionen Pfund Sterling. In zweiter Linie habe Rußland beschlossen, neue Konzessionen auch England zu gewähren. Es habe sich eine große englische Gesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen Pfund Sterling zur Ausbeutung der russischen Naphthagebiete gebildet.

Der russisch-deutsche Handelsverkehr.

Aus Mitteilungen, die der Chef der Sowjethandelsmission in Deutschland, Stomonjakow, macht, geht hervor, daß der Handelsumsatz zwischen Deutschland und Rußland infolge der in Deutschland herrschenden Wirtschaftskrise seit Oktober vorigen Jahres sich etwas vermindert hat. Im allgemeinen war jedoch im vergangenen Jahre die Einfuhr von Rohstoffen, vor allem von Getreide, von Rußland nach Deutschland ziemlich bedeutend. Getreide wurde im Werte von ca. 1 Million Tonnen von Rußland nach Deutschland ausgeführt.

Die Krupp-Konzession in Sowjetrußland.

Der Generalbevollmächtigte der Kruppschen Landkonzession im Don-Gebiet ist in diesen Tagen in Berlin eingetroffen und hat einem Mitarbeiter der „Nakanunje" gegenüber sehr beachtenswerte Mitteilungen über den Gang der Arbeiten auf der Kruppschen Landkonzession im Don-Gebiet gemacht. Laut Vertrag ist Krupp verpflichtet, im Laufe von sechs Jahren nach einem kontraktlich festgelegten Arbeitsplane 25000 Deßjatinen zu bebauen. Im Jahre 1923/24 müssen 1400 Deßjatinen bearbeitet werden, davon etwa ein Viertel für Wintersaaten und der Rest für Sommersaaten. In den vergangenen Herbstmonaten sind bereits 450 Deßjatinen besät worden, darunter 330 Deßjatinen mit Weizen und 120 mit Roggen. Für die Frühjahrssaat sind schon über 250 Deßjatinen ausgepflügt worden. Die Arbeiten werden im vollen Betriebe fortgesetzt, wobei beständig 70 Arbeiter beschäftigt werden, zu denen 100 Saisonarbeiter kommen. Sämtliche Arbeiter sind zur Hälfte Russen, zur Hälfte Deutsche. Krupp hat Kasernen für 150 Personen erbaut, ferner Baracken für die Sommerarbeiter und alle erforderlichen Nebengebäude, sowie Werkstätten zur Ausbesserung der Maschinen und Werkzeuge. In allen Gebäuden und Betrieben wird mit elektrischer Kraft gearbeitet. Der Hof wird mit acht großen Bogenlampen erleuchtet. Die Beziehungen zur örtlichen Bauernschaft lassen nichts zu wünschen übrig. Krupp gibt den Bauern Maschinen zur Benutzung, wofür diese mit Naturalabgaben bezahlen. Die Bauernschaft zeigt großes Interesse für die vervollkommnete Arbeitsweise auf den Feldern und besucht häufig in großen Gruppen das Konzessionsgelände. Die Arbeiter arbeiten sehr fleißig. Der tarifmäßig geregelte Arbeitslohn ist recht hoch. Irgendwelche Ruhestörungen sind bis jetzt nicht vorgekommen, obwohl die ganze Wirtschaft nur von einigen Wächtern bewacht wird. Die anfänglich geplante Bildung einer besonderen Schutzwache hat sich als unnötig erwiesen. Der Boden ist gut, stellenweise allerdings salzmorastig. In die Maschinen und Gebäude hat Krupp ein bedeutendes Kapital hineingesteckt. Auf Gewinn rechnet man nicht vor acht bis zehn Jahren. Das Eintreffen des Herrn Klette in Berlin steht mit dem beabsichtigten Ankauf neuer Maschinen und landwirtschaftlichen Inventars, sowohl für die Konzession als auch zur Verwendung unter der örtlichen Bauernschaft in Verbindung. Der weitere Erfolg des Unternehmens ist, nach Aussagen des Herrn Klette, lediglich davon abhängig, ob es möglich sein wird, ohne Unterbrechung die Arbeiten auf der Landkonzession zu finanzieren.

(Abbruch der russisch-rumänischen Verhandlungen siehe Seite 3.)

unangenehm. Macdonald will mit dem Abrüstungs- und dem Völkerbundsgedanken versuchen, den alten Einfluß Englands wiederherzustellen, und seine Arbeiterpartei ist wohl auch infolge ihrer Unkenntnis der europäischen Verhältnisse ehrlich von dieser Möglichkeit überzeugt. Auch ein großer Teil des englischen Bürgertums wird ihm vermutlich auf diesem Wege folgen. Der englische „Cant“ wird die humanitäre, selbstlose britische Politik verherrlichen und auf diese Weise Frankreich hinzuhalten suchen, bis es England gelingt, durch irgendeinen anderen Schachzug seine heikle Stellung zu verbessern. Ob dies aber noch gelingt, ist sehr fraglich.

Aus unserem anschließenden englischen Bericht ist zu ersehen, daß die Regierungsbildung durch die Arbeiterpartei noch keineswegs gewiß ist. Indessen rechnet die Partei bestimmt damit. Wenn Macdonald zur Regierung gelangt, so wird er außenpolitisch sehr bald auf große Schwierigkeiten stoßen. Ja im Falle einer etwaigen ernsteren Wendung der europäischen Politik steht zu befürchten, daß sich an ihm der „Fall Wilson“ wiederholt. Der Satz von der tragischen Unfähigkeit jedes doktrinär-pazifistischen Staatsmannes wird durch ein neues Beispiel bestätigt werden.

*

England
in Erwartung der Dinge, die da kommen sollen.

(Von unserem ständigen Berichterstatter.)

London, 1. Januar 1924.

„Wir taumeln auf eine seltsame Art in das neue Jahr hinein“ meinte gestern eine Londoner Zeitung in einer Neujahrsbetrachtung sie fügt hinzu, daß die britische Politik sich noch niemals in einer so „absonderlichen und paradoxen Lage befunden habe.“ Wir haben noch immer eine konservative Regierung, welcher niemand das Recht absprechen kann, ihr Programm durchzuführen. Mit keinem Wort hat der Premierminister gesagt oder auch nur angedeutet, daß er sich bereits als „erledigt“ betrachte, und doch kümmert sich kein Mensch darum was die Regierung tut oder will, sondern man spricht nur von den Plänen der anderen der Opposition, und insbesondere von der Labour party, welche nicht nur viele schon am Ruder sehen, sondern die auch selbst offenbar mit einem baldigen Amtsantritt rechnet, denn ihr Führer Macdonald griff neulich schon zu dem durchaus ungewöhnlichen Schritt, dem Premier zu erklären daß seine Partei den Verkauf der im Besitz der britischen Regierung befindlichen Anteile an der Anglo-Persian nicht wünschte, und Sir John Bradbury, der britische Vertreter bei der Wiederaufbaukommission, holte sich neulich nachdem er bei Baldwin gewesen war, auch noch ganz offen Instruktionen bei Mr. Macdonald.“

Soweit die Neujahrsorgen des Londoner Blattes. — Es ist nicht nur eine sonderbare Situation, in welcher wir uns hier befinden, sondern auch eine höchst unsichere. In vielen Kreisen, besonders auf dem Kontinent, rechnet man, wie es den Anschein hat, bereits ziemlich sicher mit einer Arbeiterregierung in England und bespricht eifrig alle die Folgen, welche ein solches Experiment haben dürfte. Man sollte damit vorsichtig sein. Vorläufig sind wir noch nicht so weit. Es ist natürlich möglich, daß die Regierung Baldwin bereits in den nächsten 14 Tagen zu Fall gebracht wird, und daß der König dann Macdonald beauftragt, ein neues Kabinett zusammenzustellen, aber es können auch allerhand andere Dinge geschehen, und außerdem sollte man nicht aus dem Auge lassen, daß, wenn Macdonald an das Ruder kommt, er mit einem Programm vor dem Parlament erscheinen muß, welches auch der Mehrheit einer der beiden anderen Parteien genehm ist, widrigenfalls er ebenso schnell wieder in der Versenkung verschwinden wird, wie er gekommen.

Es hat keinen Zweck, alle die Möglichkeiten aufzuzählen, mit denen man zu rechnen hat und hier in politischen Kreisen auch rechnet, kein Mensch kann voraussagen, wie sich die Dinge entwickeln werden, und es heißt einfach abwarten. Die letzten Wahlen haben uns, wie die „Times“ heute richtig sagen, ein großes Rätsel gestellt, welches niemand von uns lösen kann, wie sehr auch ein jeder auf die Lösung gespannt ist. Keine der drei Parteien kann sich allein halten, und alle drei weisen eine Koalition mit einer der beiden anderen mit Entrüstung zurück, wenigstens vorläufig. Eine Regierung muß aber geschaffen werden, und man muß also einen Ausweg aus der Schwierigkeit finden. Nächste Woche kommt das neue Parlament bereits zusammen. Zuerst müssen die Mitglieder eingeschworen werden, und man wird einen Vorsitzenden erwählen, was wohl eine Woche in Anspruch nehmen dürfte. Am 15. Januar wird der König das Parlament feierlich eröffnen, mit einer Thronrede, welche von dem gegenwärtigen konservativen Kabinett Baldwin aufgestellt wurde und das Programm der konservativen Partei enthalten wird. Unmittelbar darauf beginnt die Debatte zur Antwort auf die Thronrede, wo die beiden Oppositionsparteien die Gelegenheit haben, die Regierung zu Fall zu bringen, es wird sich also dann gleich herausstellen, was sie im Schilde führen. Macdonald hat angekündigt, daß er so bald wie möglich einen Antrag zur Abstimmung stellen werde, der einem Mißtrauensvotum gleich kommen werde, und Asquith hat gesagt, daß er bei einer solchen Gelegenheit die Konservativen nicht halten würde.

Es fragt sich, ob das so bleiben wird. Das Bild wechselt fast täglich, aber es scheint, daß sowohl unter den Liberalen wie unter den Konservativen die Zahl derjenigen wächst, welche in einer Arbeiterregierung eine Gefahr sehen, — selbst wenn diese durch Rücksicht auf die anderen Parteien so gebunden ist, daß sie nicht wagen kann, mit einem sozialistischen Programm zu erscheinen —, und die daher Asquith angreifen und von ihm verlangen, daß er die Bildung einer antisozialistischen Koalition im letzten Augenblick noch ermöglichen soll. Unter den Konservativen ist der Wunsch, unter allen Umständen ein Kabinett der Labour Party zu verhindern, noch größer als bei den Liberalen. In dieser Beziehung hat die Meldung großes Aufsehen erregt, daß Sir Frederick Branbury im Namen der City einen Brief an den Premier richtete, in welchem verlangt wird, daß die Konservativen eventuell ein Kabinett Asquith unterstützen möchten, um auf alle Fälle zu verhindern, daß die Sozialisten an das Ruder kämen. Sir Frederick Branbury (nicht zu verwechseln mit Bradbury von der Wiederaufbaukommission) ist einer der konservativen Vertreter der City, er ist, wie die Blätter heute abend melden, gelegentlich des Neujahrsfestes zum Baron ernannt worden, und geht nunmehr in das Oberhaus. Er war es, der sich vor einigen Monaten weigerte, einen Peertitel anzunehmen, um seinen Citysitz für McKenna frei zu machen, weil er nicht wollte, daß auf diese Weise ein Freihändler zu der Vertretung eines Citykreises gelangen sollte. Hätte er es damals getan, dann würde vermutlich Baldwin niemals auf den Gedanken gekommen sein, sein Schutzzollprogramm aufzustellen, und die konservative Partei wäre nicht in eine so bedenkliche Lage geraten. Schon vor drei Wochen hatte Branbury im Unterhaus öffentlich die Aufforderung an den Premier gerichtet, sich mit Asquith zu verständigen und unter gewissen Umständen ihn zu unterstützen, wenn die Unterstützung der Liberalen für die gegenwärtige Regierung nicht zu haben sein sollte; selbst das würde noch immer besser sein, als wenn man eine Arbeiterregierung an das Ruder ließe. Die Angelegenheit wird im Laufe dieser Woche auf einer Konferenz der konservativen Führer besprochen werden. Es läßt sich, wie gesagt, noch nicht sagen, was am Ende geschehen wird, für den Augenblick muß man sich mit der Erklärung begnügen, daß sowohl in konservativen wie in liberalen Kreisen viele für ein antisozialistisches Bündnis in der einen oder anderen Form sind.

Das am ersten zu Erwartende ist, daß die konservative Regierung mit einem sehr zahmen Programm vor das neue Unterhaus treten wird. Der Schutzzoll ist natürlich schon über Bord geworfen. Konservativen Blättern zufolge wird der Hauptpunkt des neuen Programms die Einführung einer neuen Gesetzgebung zur Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sein; man will ein großes allgemeines System für das ganze Land vorschlagen, an Stelle der vielen gegenwärtig bestehenden und als unvollkommen erkannten Mittel. Dann soll ein neuer Bauplan vorgeschlagen werden zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Endlich will die Regierung einen Versuch machen, die Ratifizierung der Abmachungen der letzten Reichskonferenz durchzusetzen, mit der Begründung, daß nur wenn diese Abmachungen mit den Dominien aufrecht erhalten werden, auf eine weitere Treue derselben zu rechnen sein wird, und daß die Dominien nur in diesem Fall die gewaltigen Bestellungen in Großbritannien machen werden, die sie in Aussicht gestellt hätten; es handele sich um über 100 Millionen Pfund. Endlich behaupten die konservativen Organe zu wissen, daß die Thronrede versprechen wird, daß alles geschehen soll, was möglich ist, um die Schadenersatzfrage einer endlichen Lösung zuzuführen.

Dies Programm ist darauf berechnet, das Odium auf Asquith zu werfen, wenn er eine Regierung mit solchen Plänen zu Fall bringt und dafür eine andere an die Stelle läßt, welche sich nicht auf verfassungsmäßigen Boden stellt und keine Rücksicht auf die Interessen der anderen Reichsteile nimmt. Das Programm soll den Gegensatz: „konstitutionell und imperial“ gegen „unkonstitutionell und antiimperial“ herausstreichen. Es fragt sich, wie die Mehrheit der liberalen Partei sich zu der Sache stellen wird, wenn die Konservativen wirklich mit einem solchen Programm vor dem Parlament erscheinen sollten. Um diese eventuell im letzten Augenblick noch auf ihre Seite zu bringen, ist die Regierung am Ruder geblieben, als die Wahlen gegen sie ausfielen. Nur so läßt sich die Taktik Baldwins erklären, die sonst höchst töricht gewesen wäre, denn dadurch, daß er vorläufig Ministerpräsident geblieben ist, hat er Macdonald Zeit gegeben, die notwendigen Vorbereitungen für eine Regierung der Labour Party zu treffen. Wäre diese Partei plötzlich vor die Aufgabe gestellt worden, dann wäre sie in eine höchst schwierige Lage geraten, schon allein, was die Vertretung im Oberhaus anbetrifft.

Bleiben die Liberalen bei dem bisherigen Entschluß ihres Führers, d. i., daß sie unter keinen Umständen etwas mit den Konservativen zu tun haben wollen, so muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Arbeiter für eine kurze Zeit an das Ruder gelangen. In diesem Fall würde Macdonald vermutlich schnell eine Niederlage erleiden, und dann würde er, wie er auch schon angedeutet hat, zur Auflösung des Unterhauses schreiten in der Erwartung, daß bei diesen Wahlen eine große Mehrheit des Volkes sich für seine Partei entscheiden würde. Wie der Arbeiterführer sich das denkt, ist nicht ganz klar, da im Gegenteil anzunehmen ist, daß in einem solchen Fall dann die Konservativen und die Liberalen sich gegenseitig unterstützen. Auf der anderen Seite ist es, wie Asquith selbst dieser Tage ausgeführt hat, durchaus fraglich, ob der König nach so kurzer Frist die Auflösung des Unterhauses dekretieren würde. Asquith stellte sich auf den Standpunkt, daß die Krone in einem solchen Fall den Willen des Premiers nicht zu erfüllen brauchte, sondern er könnte die Führer der Opposition auffordern, ihrerseits ein Kabinett zu bilden. Gegenwärtig streiten sich die Sachverständigen über die Frage, welches die Rechte und Pflichten der Krone unter solchen Umständen sein würden. Man sieht: es bestehen so viele Möglichkeiten, daß man immer wieder zu unserem ersten Rat zurückkehren muß, nämlich „abwarten“, oder „Wait and see“, wie Asquith allen Neugierigen zu antworten pflegte, als er Premierminister war.

Republik Polen.

Der neue Außenminister.

Graf Maurycy Zamoyski begann seine Tätigkeit im öffentlichen Leben in landwirtschaftlichen Berufsorganisationen. Er bekleidete längere Zeit die Würde eines Vorsitzenden des Warschauer landwirtschaftlichen Vereins. In der kritischen Zeit der Jahre 1905/1906 nahm er regen Anteil an der politischen Aktion. Er wurde Abgeordneter der ersten Duma in Petersburg. Während des Krieges begab er sich zusammen mit Roman Dmowski nach dem Westen, um in den Entente-Staaten polnische Politik zu treiben. Er hielt sich erst in London, seit August 1917 in Paris auf, wo er Vize-Vorsitzender des polnischen Nationalkomitees war. Nach der Liquidation des Komitees wurde er polnischer Gesandter in Paris.

Warschau, 9. Januar. Graf Zamoyski reist nach Paris, um dem Präsidenten Millerand seine Abberufungsdokumente vorzulegen, worauf er noch vor dem 21. Januar zurückkehrt, um an der Tagung der Randstaaten teilnehmen zu können, die an diesem Tage in Warschau beginnt.

Darowski Gesandter in Moskau?

Warschau, 9. Januar. Gestern war in politischen Kreisen das Gerücht verbreitet, der Ministerpräsident hätte dem Minister Darowski den Gesandtenposten in Moskau angeboten. Minister Darowski hat sich Bedenkzeit erbeten.

St. Grabski wieder Chefredakteur.

Der frühere Kultusminister Prof. Stanislaw Grabski zeichnet wieder wie vor seiner Ernennung als Chefredakteur das Lemberger Blatt „Slowo Polskie“.

Neuer Pressechef im Ministerpräsidium.

Blättermeldungen zufolge soll der Posten des Chefs des politischen Pressebureaus im Präsidium des Ministerrates, Herrn Szczerbiński, vom früheren Militärattaché in Brüssel Herrn Romer, übernommen werden.

Konferenz
mit der Lodzer Industrie über Arbeiterlöhne.

Warschau 9. Januar. (Pat.) Um 2 Uhr nachmittags fand im Industrie- und Handelsministerium unter dem Vorsitz des Arbeits- und Wohlfahrtsministers Darowski im Beisein des Handels- und Industrieministers Kiedroń, des Hauptarbeitsinspektors und von Vertretern der großen und kleinen Textilindustrie in Lodz in Angelegenheit der Gewährung einer 62proz. Zulage an die Arbeiter statt. Nach zweistündiger Konferenz erklärten die Vertreter der Großindustrie ihre Zustimmung zu der Zulage, während die Vertreter der mittleren und der Kleinindustrie eine endgültige Antwort für Freitag in Aussicht stellten.

Die Umsätze des Lodzer Geldmarktes.

Lodz, 9. Januar. (A. W.) Die Lodzer Zweigstelle der Polnischen Landesdarlehnskasse veröffentlicht eine Reihe von Daten, die die ungeheuren Operationen auf dem Lodzer Markt veranschaulichen. Im Dezember wurden 200 000 Wechsel auf die Summe von 16 000 Milliarden Mark oder täglich ungefähr 9000 Wechsel auf die Summe von 600 Milliarden Mark zum Diskont gegeben. Die Lodzer Zweigstelle der P. K. K. P. sendet täglich 5000 Stück Wechsel zum Protest an die Notare. In den letzten Tagen haben sich die Umsätze in der Lodzer Filiale noch gesteigert. Täglich werden jetzt im Durchschnitt 15 000 Stück Wechsel zum Diskont vorgelegt.

Vorbereitungen zu einem Handelsvertrag
mit Amerika.

Warschau, 9. Januar. (Pat.) Angesichts der geplanten Vorbereitungsarbeiten zum Handelsvertrag zwischen Polen und Amerika hat die polnisch-amerikanische Handelskammer in

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von **Karl Ettlinger**.

(39. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Im Musikpavillon vor der Tribüne spielte die Kurkapelle allerlei Ouvertüren zu verschollenen Opern, Potpourris und Polkas. Schon hatte sie die indische Nationalhymne gezückt, um mit ihr sogleich bei seinem Erscheinen den Maharadscha zu durchbohren. Aber der Maharadscha hatte es nicht eilig, in die reservierte „Ehrenloge“ der Tribüne zu kommen. Begleitet von zwei indischen Dienern, von denen der eine einen Sonnenschirm über ihn hielt, umwedelt von den Honoratioren, schritt er gravitätisch zwischen den Flugzeugen umher, die am Nordende des Flugplatzes vor dem Schuppen standen. Für die profanen Besucher war dieses Revier streng abgesperrt.

Die sechs Flieger wurden ihm vorgestellt, die Hoheit nickte herablassend mit dem Kopfe und dachte sich irgend etwas Indisches. Plötzlich sprach der Maharadscha zum Fliegerleutnant Hertler: „Ich werde mit Ihrem Apparat fliegen.“

Hertler warf dem Kurdirektor einen fragenden Blick zu. „Seine Hoheit, der Maharadscha geruhen huldvollst den Pips zu haben!“ hieß dieser Blick. — Der Kurdirektor war aber offenbar anderer Ansicht; denn er dienerte: „Eure Hoheit entzücken uns durch dero huldvollstes Interesse; aber Hoheit werden verstehen, daß wir Hoheit unmöglich der Gefahr von Sturzflügen . . . in Anbetracht des unersetzlichen Lebens Eurer Hoheit . . . das ganze Volk . . .“

Der Maharadscha runzelte die Stirn. Er war nicht gewohnt, daß man ihm widersprach. Schroff drehte er sich um und befahl seinen Dienern: „Nach Hause!“

Der Bürgermeister fiel beinahe in Ohnmacht; der Kurdirektor hoffte, daß sich der Erdboden öffnen werde, um ihn zu verschlingen; der Polizeipräsident wurde leichenblaß, und nur der Stadtkommandant murmelte in sich hinein: „Laßt den Inder doch fliegen! Meinetwegen bricht er den Hals! Was liegt mir daran!“

„Hoheit,“ stammelte der Bürgermeister, „Hoheit geruhen uns mißzuverstehen . . . selbstverständlich stehen Hoheit sämtliche Flugzeuge zur Verfügung . . . wir schätzen es uns zur ganz besonderen Ehre . . .“

Der Maharadscha wandte sich wieder um.

„Unter keinen Umständen nehme ich ihn mit!“ erklärte Hertler kurz und bündig. „Er kommt mir nicht in meinen Apparat.“ — „Sie müssen englisch reden; er versteht kein Deutsch!“ flüsterte ihm der Kurdirektor zu.

„Ach was, ich rede, wie mir der Schnabel gewachsen ist! Und vor allem soll der braune Mensch mal seine Zigarette auslöschen! Hier steht Benzin herum!“

Der Kurdirektor übersetzte dem Maharadscha die Worte des Fliegers ins Devote. — Ich fliege nachher in diesem Apparat!“ sagte der Maharadscha darauf. Ich bin in Indien schon oft geflogen. Es gefällt mir.“

Mit dieser Erklärung, die keinen Widerspruch duldete, verließ er den abgesperrten Raum und schlug quer über den Flugplatz den Weg nach der Tribüne ein. Dort erwartete ihn ein Ehrenkomitee mit dem Bankdirektor Sturm an der Spitze.

Sturm war sehr gut gelaunt. Sonnte er sich doch in dem Gefühl, einer großen Gefahr entgangen zu sein. „Das hätte einen schönen Skandal gegeben, wenn ich mit der Cantelli ein Verhältnis angefangen hätte! Jetzt, wo man die Person verhaftet hat!“ — — — — — — — — — —

Assessor Funke hatte unmittelbar, nachdem er den Bericht des wiedererwachten Bohnkraut vernommen hatte, Adele Cantelli festnehmen lassen. Sie gebärdete sich, wie wahnsinnig, fiel in Weinkrämpfe, beschimpfte die Polizei maßlos und behauptete natürlich, vollkommen unschuldig zu sein. Nun, das behaupten ja neunundneunzig Prozent aller Verhafteten. Ein Mann wie Assessor Funke ließ sich durch so was nicht irre machen.

„Kennen Sie diese Handschrift?“ hatte Funke beim ersten eingehenden Verhör gefragt, indem er ihr einen der ominösen Briefe mit dem charakteristischen J vor Augen hielt. — „Nein! Ich weiß überhaupt nicht, was Sie eigentlich —“

„Schweigen Sie!! — Und Sie wollen natürlich auch keinen Rechtsanwalt Meier III kennen?“ — „Der ist mir völlig unbekannt. Nun möchte ich aber endlich einmal wissen —“

„Gar nichts brauchen Sie zu wissen! — Es ist wirklich nicht nett von Ihnen, den Rechtsanwalt Meier III zu verleugnen, da er doch in seinem Tagebuch in so hohen Tönen von Ihnen spricht.“ — „Ich weiß nicht, von was für einem Tagebuch Sie reden!“

„Lassen Sie doch diese alberne Komödie! Sie sind jetzt nicht mehr auf der Bühne! Wir wissen es ganz genau, mit wem wir es zu tun haben! — Sie waren auch niemals in Paris?“ — „Nein. Und jetzt verlange ich mit aller Entschiedenheit —“

„Sie halten den Mund! — Sie kennen auch keinen Hund Ajax; Sie kennen auch keinen Schriftsteller Walter von Wartenberg; Sie kennen auch keine „Villa Sonnenstrahl“! Sie kennen überhaupt niemand, sondern sind so unschuldig wie ein neugeborenes Kind! Nicht wahr?“

Adele Cantelli brach in Weinen aus. Der Assessor betrachtete sie verächtlich. Wie widerlich diese dummdreiste Verstocktheit war. Zum Donnerwetter: wenn man was angestellt hat, dann soll man doch auch den Mut haben, es einzugestehen! Da war ja jene Sorte Verbrecher, die sich zynisch ihrer Schandtaten rühmt, noch erquicklicher als dieses heulende Elend! Er ließ ihr Zeit, sich auszuweinen. Wenn sie genug geflennt hat, wird sie schon ein Geständnis ablegen. Aber er sah sich in dieser Erwartung getäuscht.

(Fortsetzung folgt.)

Neuyork ihren Delegierten Stanislaw Lubienski nach Polen gesandt. Der polnische Delegierte wird die polnischen Industriezentren bereisen und das Material zum Abschluß des Vertrages vorbereiten. Er soll mit maßgebenden Kreisen zwecks Besprechung des statistischen Materials unmittelbare Fühlung nehmen und sich über die Desiderate des Handels und der Industrie unterrichten.

Zurückziehung des Entwurfs des Pressegesetzes.

Wie polnische Blätter zu berichten wissen, beabsichtigt die Regierung, den Entwurf des Pressegesetzes zurückzuziehen, um ihn einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen.

Aus der polnischen Presse.

Polen und England.

Das Wilnaer konservative Organ „Słowo" bringt einen interessanten Artikel des bekannten Aktivisten Wl. Studnicki über die englisch-polnischen Beziehungen, dem wir folgende Ausführungen entnehmen: „Die internationale Konjunktur war für die Sanierung der polnischen Finanzen nicht günstig. Nach den letzten Wahlen in England kann sie jedoch eine für Polen günstige Veränderung erfahren. Zu den glücklichsten Schachzügen der national-demokratisch-volksparteilichen Regierung muß der Abschluß eines Handelsvertrages mit England gerechnet werden. In diesem Vertrage werden Großbritannien dieselben Vorrechte in der Naphthaproduktion, dieselben Zollsätze zugebilligt, wie sie Frankreich im Vertrage von 1920 gewährt wurden. Polen wurde gelegentlich als eine französische Kolonie bezeichnet. Jetzt wird Polen in bedeutendem Maße ein selbständiger Faktor im internationalen Handel. Unser Interesse treibt uns zu einer Annäherung an England. Nach dem Kriege existieren eigentlich nur zwei Weltgeldmärkte, der englische und der amerikanische. Der amerikanische Markt ist für Polen nicht so leicht zugänglich, weil dort die kapitalkräftige, israelitische Kaufmannschaft das Übergewicht besitzt. Der englische Geldmarkt wird dagegen von der englischen Staatsraison beherrscht und bei einer polnisch-englischen Annäherung für Polen zugänglich werden. Der erste Schritt auf diesem Wege war die Berufung eines englischen Finanzsachverständigen für Polen. Dieser Schritt rief Zeichen des Unbehagens in Frankreich hervor. Charakteristisch ist, daß dieser Schritt sowie der Abschluß des Handelsvertrages mit England von einer Regierung ins Werk gesetzt wurde, in welcher die Nationaldemokratie das entscheidende und herrschende Element war, die am meisten frankophile Partei in Polen. Das beweist jedenfalls, daß Roman Dmowski, der Führer der nationaldemokratischen Partei, sich mehr von Staatsklugheit als von politischen Sympathien leiten läßt."

Gegen die Valorisierung.

„Ilustrowany Kurjer Codzienny" berichtet, daß die Folgen der ersten Valorisierungsversuche sich ungeheuerlich erwiesen haben. „Die Teuerung ist in den letzten Tagen enorm gestiegen und erweist sich als vollkommen unerträglich. Bei einem Dollarstande von 7 Millionen haben die Fleischpreise eine Höhe von 2 500 000 M erreicht. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Lebensmitteln. Wir machen heute in Polen dieselbe Krise durch, wie sie Deutschland durchgemacht hat, wo der Inflationswahnsinn erst nach der Valorisierung eingesetzt hat. Wir hatten ein abschreckendes Beispiel vor uns und haben durchaus keine Lehren daraus gezogen.

Die linken Parteien in Polen haben aus dem Grunde für die Valorisierung gestimmt, weil sie dadurch eine Valorisierung der Löhne und Gehälter zu erreichen hoffen. Wir dagegen haben uns stets gegen diese Pläne ausgesprochen, deren verderbenbringende Folgen sich jetzt so schwer bei der gesamten Bevölkerung fühlbar machen. Der Fiskus muß nun immer höhere Noten drucken und wir kommen aus dem Inflationselend nicht heraus."

Englische diplomatische Schritte gegen den Separatismus.

London, 9. Januar. Offiziösen Informationen zufolge hat die sogenannte Pfalzregierung bei der Rheinlandkommission formelle Anerkennung beantragt. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Kommission scheinen bereits die Anerkennung bewilligt zu haben. Die englische Regierung lehnt diesen Schritt als Verletzung des Versailler Instruments ab und beruft sich auf die wiederholten Erklärungen Poincarés, daß Frankreich die separatistischen Bestrebungen nicht fördern werde. London leitet in Paris, Brüssel und Berlin die nötigen Schritte zur Klärung der Lage ein.

Französische Kulturpropaganda im Ruhrgebiet.

Die Essener Zeitungen haben auf „Befehl" des kommandierenden Generals der 77. Division in den letzten Tagen mehrfach kostenlos auf der ersten Seite Ankündigungen über französische Vorstellungen in der Komischen Oper veröffentlichen müssen. So sind die Zeitungen u. a. vor einigen Tagen gezwungen worden, bekannt zu geben, daß die französische Schauspielgesellschaft „Lucien Henry" in der Komischen Oper „Froufrou" aufführen wird. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes werden nunmehr auch Plätze für die Bewohner der Stadt Essen, die der Vorstellung beiwohnen wollen, reserviert. Endlich mußte auch noch kostenlos veröffentlicht werden, daß der Kartenvorverkauf in der französischen Buchhandlung „Hachette" stattfindet. Die neue Kulturpropaganda Frankreichs im Ruhrgebiet unterscheidet sich nicht von den bereits im altbesetzten Gebiet geübten Methoden. Der einzige Unterschied besteht nur darin, daß man die Zeitungen zwingt, kostenlos an dieser Propaganda durch zwangsweise Veröffentlichungen mitzuwirken.

Abbruch auch der russisch-rumänischen Verhandlungen.

Riga, 8. Januar. Nach Mitteilungen aus Moskau sind die russisch-rumänischen Verhandlungen, die seit drei Monaten im Gange waren, am Montag plötzlich abgebrochen worden. Der Vertreter der Sowjets, Klyczko, der frühere Sekretär Krassins in London, erklärt, daß der Grund des Abbruchs der Verhandlungen der Umstand war, daß Rumänien zunächst über ein Handelsabkommen und die Regelung der Schiffahrt auf dem Dnjepr verhandeln wollte, obgleich die Sowjets diese Frage von politischen Verhandlungen abhängig machten, die zwischen beiden Staaten in Salzburg stattfinden sollten. Rußland hat sich nach einigem Zögern grundsätzlich mit dem Wunsch Rumäniens einverstanden erklärt, Rumänien stellte aber die Forderung, daß der ganze russisch-rumänische Handel durch die rumänische Handelskommission in Beßarabien geführt werden soll, auf das beide Staaten das Recht der Souveränität erheben. Rußland hat diese Forderung abgelehnt.

Die französische Anleihe für Rumänien.

Die Agence Havas" ist ermächtigt, die Meldungen der englischen Presse zu dementieren, nach denen Frankreich als Äquivalent für die finanzielle Unterstützung von Rumänien Privilegien wirtschaftlichen Charakters auf dem Gebiet der Naphthaindustrie verlangt habe. Tatsächlich sei die Frage der Gewährung französischen Kredits für Rumänien durch die Finanzkommission des Senats zurückgestellt, da Rumänien gewisse finanzielle Verpflichtungen nicht innegehalten hat. Als jedoch Rumänien gleich darauf seine Verpflichtungen zu erfüllen begann, habe sich die französische Regierung an die Senatskommission mit dem Ersuchen gewandt, die in Aussicht genommenen Kredite zu beschließen.

Plan einer italienisch-englischen Entente.

Turin, 8. Januar. Die „Stampa", das Organ Giolittis, die zu den Oppositionsblättern gehört, schreibt, angesichts der allgemeinen europäischen Politik müßte eine italienisch-englische Entente geschaffen werden. Die „Stampa" behauptet, daß die gegenwärtige italienische Regierung keine eigene Politik betreibe. Frankreich würde, so schreibt die „Stampa", in Europa ein Manöver ausführen, das sie als „Einkreisung" bezeichnet. Zunächst die Einkreisung Deutschlands, dann aber als Folge davon die Einkreisung Italiens. Das französisch-tschechische Bündnis rede eine klare Sprache in dieser Beziehung. Schon jetzt spreche man im Hinblick auf die nächste Konferenz der Kleinen Entente von einem französisch-rumänischen Vertrag.

Wenn England und Italien, so schreibt die „Stampa", sich nicht rühren, könnte Moskau und Berlin sogar in einem von Paris beherrschten Europa eingeschlossen werden, und dann würde auch Italien das allgemeine Schicksal des kontinentalen Europas erleiden. Das Turiner Blatt schließt: „Ein festes politisches Ziel ist die dringendste Notwendigkeit für Italien, denn eine Politik bedeutet für uns nicht nur die Aufstellung eines besonderen Reparationsplanes. Es bedeutet nicht, daß man seine Anstrengungen darauf konzentriert, irgend einen besonderen Vorteil zu erhalten, sondern es bedeutet, daß man dem europäischen System des Quai d'Orsay ein anderes System gegenüberstellt, nämlich das System London-Rom-Moskau-Berlin, nicht um irgend jemanden zu isolieren oder zu bekämpfen, sondern um nicht isoliert zu werden und um sich zu verteidigen."

Hochverratsanklage gegen Nitti?

Rom, 8. Januar. Der „Popolo d'Italia", das Organ Mussolinis, veröffentlicht Aufsehen erregende Anklagen gegen Nitti. Nitti, der während des Krieges als italienischer Delegierter in den Vereinigten Staaten weilte, wird beschuldigt, dem Präsidenten Wilson besondere Vorteile für die amerikanischen Bewohner der adriatischen Grenzländer und die Ausrufung der Republik in Italien versprochen zu haben. Der „Popolo d'Italia" fordert, daß Nitti vor den Staatsgerichtshof gestellt und als Hochverräter verurteilt werde.

(Die Anklagen des faszistischen Organs zeugen von großer Heuchelei, denn bekanntlich war ein großer Teil der Faszisten, besonders im vorigen Jahre, selbst republikanisch gesinnt. D. Schriftltg.)

Die Revolution in Mexiko.

Niederlagen der Aufständischen.

Die mexikanische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Die Regierung der Vereinigten Staaten verkaufte an die unsrige große Mengen von Munition, Geschützen und Flugzeugen und erklärte dabei, daß sie kein Kriegsmaterial an die Aufständischen verkaufen werde, sondern ausschließlich an die Regierung, mit welcher sie ausgezeichnete Beziehungen unterhalte. Die Regierungstruppen des Generals Cavareo haben die Abteilung der Aufständischen unter Figueroa vernichtend geschlagen und aufgerieben. Die Landbevölkerung des Petroleumgebietes von Panuco erbot sich zur Teilnahme an den Operationen gegen die Aufständischen in Veracruz. Die Selbstschutzorganisation von Atotonilco brachte den Aufständischen unter Cavazos eine Niederlage bei.

Coolidge für die Regierung Obregon.

Präsident Coolidge hat eine Bekanntmachung unterzeichnet, wonach private Waffen- und Munitionslieferungen an die mexikanischen Rebellen streng untersagt sind und eventuell der Beschlagnahme anheimfallen. Zuwiderhandelnde verwirken laut der Verordnung zwei Jahre Gefängnis oder eine Geldstrafe in der Höhe von 10 000 Dollar.

Dieser Aufsehen erregende Erlaß der amerikanischen Regierung bedeutet eine glatte Absage an General de la Huerta, der seinen Vertreter in New Orleans mit dem Einkauf von Waffen beauftragt hatte.

Reuter meldet hierzu aus New Orleans: Nach einer Konferenz mit den amerikanischen Beamten hat der Einkaufsagent der aufständischen Mexikaner mitgeteilt, daß die Pläne betreffend den Einkauf von Munition in den Vereinigten Staaten aufgegeben worden seien.

Drohender Konflikt zwischen Kanada und Großbritannien.

„Daily Graphic" erfährt, daß Kanada fest entschlossen sei, sich von Großbritannien loszulösen, falls die Beschlüsse der letzten britischen Reichskonferenz in Sachen der Schutzzölle nicht verwirklicht werden sollten.

Presseschikanen in der Tschechoslowakei.

Aus Eger wird uns geschrieben: Eine merkwürdige Praxis der Beschlagnahme von Zeitungen herrscht bei der Staatsanwaltschaft in Eger. Die „Egerer Zeitung", die durch ihre sachliche und ruhige Führung des politischen Kampfes bekannt ist, wurde am 3. Januar deshalb beschlagnahmt, weil sie eine Äußerung des Londoner „Evening Standard" zur Bündnisfrage zwischen Paris und Prag nachgedruckt hatte. Anstoß nahm die Staatsanwaltschaft in Eger an den zwei Schlußzeilen der englischen Presseäußerung, worin es heißt, daß „die Tschechoslowakei aus dem Ei eines Hahnes ausgebrütet worden sei". In dieser Äußerung erblickt die Staatsanwaltschaft in Eger eine Gefährdung der Republik und sprach die Beschlagnahme der ganzen Auflage der „Egerer Zeitung" aus. Viele tausend Exemplare, die eben versandt und ausgetragen werden sollten, wurden von der Polizei aus dem Betriebe genommen und polizeilich verwahrt. Eine Anzahl anderer Zeitungen, die diesen Satz auch abgedruckt hatten, blieben unbehelligt.

*

Herabsetzung der Gebühren der Paßvisa.

Wie das „Prager Tageblatt" erfährt, hat die Tschechoslowakei die Gebühren für Pässe für die Angehörigen sämtlicher Staaten auf nahezu die Hälfte herabgesetzt.

Amerika und die Anerkennung der Sowjetregierung.

Washington, 8. Januar. (Pat.) Der Senat erörterte die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands. Während Senator Lodge die These der Nichtanerkennung verteidigte, trat Senator Borah für die Anerkennung der Sowjets ein und betonte, daß die Zeit gekommen sei, Untersuchungen anzustellen über die Frage, ob nicht Rußland den vom Präsidenten Coolidge in seiner Botschaft an den Kongreß erwähnten Bedingungen entspreche. Nach Ansicht des Redners würde die Anerkennung Sowjetrußlands die Lage in der ganzen Welt verbessern.

Paris, 9. Januar. (Pat.) Der „Neuyork Herald" meldet aus Washington: Präsident Coolidge erklärte, daß er gegen jedwede Anerkennung Sowjetrußlands sei, bis die russische Regierung die Anerkennung der russischen Nation durch eine Volksabstimmung erlangt haben werde.

Die Krankheit Trotzkis.

Trotzki, der schon mehrere Male an Magenkrebs gestorben sein sollte, lebt immer noch und macht sogar seinen Kollegen im kommunistischen Zentralparteikomitee viel zu schaffen, indem er zu ihnen in Opposition tritt. Der Arzt scheint jedoch ein Verbündeter seiner Gegner zu sein, da er ihm zweimonatigen Aufenthalt in einem klimatischen Kurort zur Pflicht macht.

Moskau, 8. Januar. (A. W.) „Iswestja" bringt einen ärztlichen Bericht über den Gesundheitszustand Trotzkis. Aus einer Reihe von ärztlichen Erwägungen heraus wird festgestellt, daß angesichts des chronischen Charakters der Krankheit, die sehr ernste Formen annehmen kann, und der klimatischen Bedingungen des Wohnortes für Trotzki ein Urlaub nötig ist mit völliger Befreiung von allen Pflichten. Er soll sich einer besonderen klimatischen Kur unterziehen, die zwei Monate dauern soll.

In Moskau betrachtet man allgemein die Veröffentlichung des ärztlichen Berichts als einen Ausdruck des Bestrebens des Zentralparteikomitees, Trotzkis Opposition aus dem Wege zu räumen.

Neue Verfolgung der Geistlichkeit.

Moskau, 5. Januar. (A. W.) In letzter Zeit hat sich die Verfolgung der rechtgläubigen und katholischen Geistlichkeit in Rußland verstärkt. Die Sowjetbehörden haben Anhängern Tichons unter dem Vorwande, daß sie den religiösen Aberglauben der unwissenden Massen zu materiellen Zwecken ausnutzen, den Prozeß gemacht. Die letzten Nachrichten berichten von der Verhaftung einiger katholischer Geistlichen. In einer Reihe von sibirischen Städten sollen katholische Geistliche aus ihren Pfarreien vertrieben worden sein.

Deutsches Reich.

Verurteilung der Teilnehmer am Hamburger Kommunistenputsch.

Wegen ihrer Beteiligung an den kommunistischen Oktoberunruhigen in Hamburg verurteilte das außerordentliche Gericht einen Angeklagten zu zehn Jahren, sechs Angeklagte zu je sechs Jahren, acht Angeklagte zu je fünf Jahren, zwei Angeklagte zu je vier Jahren, drei Angeklagte zu je zwei Jahren und zwei Angeklagte zu je eineinhalb Jahren Festung. Außerdem wurden wegen verbotenen Waffentragens Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre verhängt.

Der sächsische Ministerpräsident bleibt.

Aus den letzten Meldungen geht hervor, daß der sächsische Ministerpräsident Held entgegen der Parteidisziplin entschlossen ist, auf seinem Posten zu bleiben. Er veröffentlichte ein Schreiben, in dem sein Standpunkt dargelegt wird. Hiernach würde nach dem Rücktritt des Kabinetts Held die Berliner Regierung die Macht an sich reißen, so daß die Rechte Sachsens bedeutend geschmälert werden würden. Mit einer solchen Lösung, die für das Land verderbliche Folgen zeitigen würde, könne er sich nicht einverstanden erklären.

** **Bevorstehender Hitler-Prozeß.** Die Münchener Presse berichtet, daß die Untersuchung in Sachen des Putsches Hitler-Ludendorff immer größeren Umfang annimmt. Bisher sind über hundert Personen verhaftet worden.

** **Verurteilung von „Sicherheitsmännern".** Das Volksgericht in München verurteilte im Landfriedensbruchprozeß drei Mitglieder der früheren sozialistischen Sicherheitsabteilung wegen Zusammenstößen mit Mitgliedern des Bundes „Oberland" zu Gefängnisstrafen von 3 bis 10 Monaten. Zwei Angeklagte, darunter der Führer der Sicherheitsabteilung, Apotheker Buisson, erhielten Geldstrafen. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Eine Bewährungsfrist wurde den Verurteilten versagt.

** **Kommunistenverhaftungen.** In Hannover sind einige Kommunisten verhaftet worden unter dem Verdacht, mit dem Bombenanschlag auf den Oberpräsidenten Noske in Verbindung zu stehen.

Ueber die Völkerbundsberatungen in Sachen des Bürgerrechtes und der Ansiedler

bringen wir morgen noch einen ganz ausführlichen Bericht.

Letzte Meldungen.

Kommt eine Regierung Asquith?

London, 10. Januar. (Pat.) In hiesigen politischen Kreisen werden Stimmen laut, die dem Kabinett Macdonald keine lange Dauer verheißen. Man nimmt an, daß die Liberalen nach Übernahme der Regierung durch Macdonald gegen sein Kabinett ein Mißtrauensvotum einbringen werden. Dies Mißtrauensvotum soll angeblich damit begründet werden, daß die Vermögensabgabe in der Form, wie sie im Programm der Sozialisten geplant wird, nicht den Überzeugungen der Mehrheit entspreche, was sich in der Zeit der letzten Wahlen gezeigt habe. Der Antrag wird, wie man annimmt, von den Liberalen und Konservativen angenommen werden und auf diese Weise das sozialistische Kabinett nach einer Herrschaft von wenigen Tagen einer Regierung Asquith Platz machen.

Vor der Eröffnung der Belgrader Konferenz.

Belgrad, 10. Januar. (Pat.) Die Eröffnung der Konferenz der Kleinen Entente erfolgt infolge verspäteter Ankunft des rumänischen Außenministers Duca am Donnerstag, dem 10. Januar, vormittags.

Wien, 10. Januar. (Pat.) „Neue Freie Presse" meldet aus Belgrad: Benesch erklärte den Pressevertretern gegenüber u. a.: Man muß sich wundern, daß die öffentliche Meinung der Belgrader Konferenz eine größere Bedeutung zuschreibt, als sie in Wirklichkeit besitzt. Bei den Beratungen handelt es sich nur um innere Angelegenheiten der Staaten der Kleinen Entente. Es sind keine sensationellen Beschlüsse oder Enthüllungen zu erwarten.

Rom, 10. Januar. In einem Artikel über die Belgrader Konferenz schreibt „Idea Nationale": Die Tschechoslowakei und Südslawien lebten längere Zeit in der Hoffnung, daß Rußland in Europa wieder Geltung erhalten würde als Hauptführer der panslawistischen Bewegung, so wollten sie auf diese Weise die historische Macht dieses Reiches benutzen. Da der Gedanke einer Erneuerung Rußlands verweht ist und die Hoffnung auf das Erstehen eines weißen Rußlands geschwunden ist, so haben die Tschechoslowakei und Südslawien ihren Standpunkt geändert und begonnen, Mittel zu einer Aufnahme der Beziehungen zu Rußland zu suchen. Ein bedeutender italienischer Politiker äußerte gegenüber Pressevertretern: Die gegenwärtige Konferenz der Staaten der Kleinen Entente ist für uns ein neuer Ausdruck von der Tendenz, für die französische Politik in Osteuropa eine politische Organisation nutzbar zu machen, die unzweifelhaft eine Macht darstellt, trotz innerer Gegensätze.

London, 10. Januar. (Pat.) Die englische Regierung hat bisher noch keine Antwort auf ihre an die Staaten der Kleinen Entente gerichteten Noten in der Frage der ihnen durch Frankreich erteilten Anleihen erhalten.



Montag, den 7. Januar 1924, abends 6¾ Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, geduldertragenem Leiden in Berlin, wo er Heilung suchte, mein einziger lieber Bruder, der

Gutsbesitzer

Wilhelm Busse

im Alter von 32½ Jahren.

Gościejewo, den 10. Januar 1924.

In tiefer Trauer

Fritz Busse.

Die Beerdigung findet am Montag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause in Gościejewo aus statt.

Rohe Felle

Füchse, Marder, Iltis Fischotter, Katzen, Hasen Kanin, Roßhaare u. Wolle

sowie alle anderen Sorten Felle kauft zu den höchsten Tagespreisen

A. RACHWALSKI, Fellgroßhandlung

Poznań, Grochowe Łąki 5 (früher Südstrasse), (Eingang im 2. Hofe). (7

Telephon 5537. Telephon 5537.

Empfehle mich als perfekte

Schneiderin

in Damen- u. Kindergarderobe ul. Małeckiego 27 IV v. J. (früher Prinzenstraße).

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 10. 1., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron“**. Komische Oper von Strauß. Premiere.

Freitag, den 11. 1., 7½ Uhr: **„Aida“**. Oper von Verdi. Gastspiel: M. Som[illegible].

Sonnabend, den 12. 1., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron“**. Komische Oper von Strauß.

Sonntag, den 13. 1. 3½ Uhr: **„Hänsel und Gretel“**. Märchenoper von Humperdinck. Ermäßigte Preise.

Sonntag, den 13. 1., 7½ Uhr: **„Troubadur“**. Oper von Verdi.

Heute!

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Die Irre von Ihörring huus.

Gewaltig. Drama i. 5 Akt. aus d. Gesellschaftsleben.

Am 9. d. Mts. verschied nach schwerem in Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Mutter, unsere liebe Schwester und Tante

Frau Erna Ebert

im 41. Lebensjahre.

Posen, den 10. Januar 1924.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Max Ebert, als Sohn
Kurt Gröger, Bankdirektor
Gertrud Warmuth
Arthur Gröger
als Geschwister

Beerdigung Sonntag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Garnisonfriedhofes aus.

Ausverkauf von **Winterstoffen** zu herabgesetzten Preisen.

Ein besonders günstiges Angebot bilden folgende zwei Posten

guter, wollener, Bielitzer Stoffe

für Mäntel, Joppen, Anzüge, Hosen, Livréen und Kostüme.

En gros! **Kazimierz Kużaj** En détail!

Abteilung 2

Sukiennice (Tuchhallen)

Poznań, Stary Rynek (Alter Markt) 56.

Versand durch die Post nur gegen Voreinsendung des Betrages. Muster werden nicht versandt. Umtausch, auch Rückerstattung des Betrages.

Unbedingte Reellität!!

3500 Meter zu 9 złoty (Gleichwert in Mkp.)

2100 Meter zu 12 złoty (Gleichwert in Mkp.)

Heutiger Fabrikpreis 13 u. 16 złoty.

En gros! En détail!

Offeriere billigst sämtliche

Manufakturwaren u. Herrenkonfektion.

B. Grzebinasch,

Poznań, Stary Rynek 4/47. [4841

Hackmaschinen

System „Woolnough“ (wie von Dehne gebaut)

für Getreide und Rüben

liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser.

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Oele.

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.

Finanz-Vertretung

1901 **deutscher Grundbesitzer A.-G.**

Berlin W 10, Genthiner Str. 38.

Vermögensverwaltungen — Finanztechnische Beratung in wirtschaftlichen Fragen — Kredite — Erledigung wirtschaftl. Angelegenheiten grösseren Umfanges innerhalb Deutschlands durch unsere Zweigorganisationen.

Reh-, Kuh-, Kälbergerberhaare, braun und weiß, **Ziegenhaare, Pferdehaare** kauft stets **Alphonse Hagedorn, Hamburg 8.** (4823

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 11. Januar, abends 4 Uhr.

Sonnabend, morg. 7½ Uhr vorm. 10 Uhr, nachm. 4 Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt

Sabbatausgang abends 4 U. 52 Min.

Werktags-Andacht.

Morgens 7 Uhr und abends 4 Uhr.

Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
Ulica Dominikańska.
(Israel. Brüdergemeinde).

Freitag, 11. Januar, abends 4 Uhr.

Sonnabend 12 Januar vormittags 10 Uhr.

En gros. En detail.

Am billigsten kauft jede Hausfrau Stoffe aller Art

bei der Firma

R. Kunert i Ska.

T. z. o. p.

Niegolewskich 18 (früher Augustastraße).

Telephon 6256.

Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche, Fremdenzimmer und vieles Hausgerät

verkauft

B. Durand,

Poznań, ul. Patr. Jackowskiego 30, 4 Tr. r.

Ein **Haus in Westfalen** gegen ein solches **in Polen zu tauschen gesucht.**

Nähere Auskunft erteilt **Frau Stanek, Leszno**, ul. Zielenia 9.

Alt-Blei

von alten Bleiröhren (Weichblei), sowie alle leere Zinn- u. Bleituben

kauft jedes Quantum

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Kaufe ständig:

Roggen, Weizen, Hafer, Wolle Roggen- u. Weizenmehl.

Liefere gegen günstige Bedingungen:

Oberschlesische Kohle.

Dom Przemysłowo-Handlowy

Wł. Górny, Poznań, ul. Wielka 23. Telephon 5476.

Arbeitsmarkt

Suche zum 1. 4. 1924 unverheirateten

Brennereiverwalter

für Brennerei, Kartoffeltrocknung, elektr. Anlage, Gutsvorstehergeschäfte und Buchführung. (4832

C. Jacobi, Trzcianka,

p. Michorzewo (Op. lenica).

Eins., verh., bestempf. **Gutsgärtner**

per 1. 4. 1924 gesucht. Zeugnisabschriften u. Gehaltsanspr. erbeten. Vorstellung nur nach Aufforderung. (4821

C. Hildebrand, Kleszczewo, p. Kostrzyn.

Zuverlässige **Zeitungsausträger** (Frauen, Knaben, Mädchen) sogleich gesucht. — Zu melden in der Geschäftsstelle des Posener Tageblatts, Zwierzyniecka 6.

Aelt. Stellmacher für Wagenbau verlangt sofort

J. Martin,

Wagenfabrik, Gniezno.

Wirtschafts-inspektor,

Oberschl., 15jähr. Praxis sucht gestützt auf Prima-Zeugnisse zum 1. 4. 1924 oder 1. 7. 1924 **geeignete Stellung** mit oder ohne eigenen Haushalt. Zuschr. erb. u. **F. M. 4835** a. d. Gst. d. Bl.

Tüchtiger Forstm.,

beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, sucht für bald oder 1. 4. 1924 Stellung. Bin poln. Staatsangehöriger. Gefl. Angebote u. **Nr. 4833** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Verheir. Gärtner

kath., 38 Jahre alt, mit kleiner Familie, firm in Gärtnerei, Imkerei und Obstbaumzucht, sucht sofort oder 1. 4. 1924 Stellung. Gefl. Off. u. **K. 4830** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Verh. Hofverwalter mit 12jähr. landw. Praxis sucht per sofort oder 1. 4. 24 Stellung auch als

Vorwerksbeamter

Angebote u. 4839 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wir empfehlen sofort lieferbar:

Zweiseitiger Kontor-Kalender für 1924 auf Kartonpapier, mit Raum für Notizen. **Preis 250 000 Mk.** (Der Zeitung wird ein Kalender nicht beigelegt).

Landwirtschaftlicher Kalender für Polen für 1924. Preis 900 000 Mark.

Evangel. Volkskalender (Diakonissen-Kalender) für 1924. Preis M. 250 000.—.

Deutscher Heimatbote, Kalender für 1824 192 S. mit Illustr., **800 000 M.**

Wir bieten antiquarisch an:

Ueber Land u. Meer. Erstkl. Familien-Zeitschrift mit vielen Romanen Erzählungen u. Illustrationen. Diverse Jahrgänge.

Carousse, Französisches Wörterbuch, geb.

Brunn, Sturmwärts Novellen geb.

Kübler, Das Buch der Mütter, geb.

Prof. Ad. Strauß, Das osmanische Reich, eleg. geb.

Prof. Ad. Strauß, Groß-Bulgarien, eleg. geb.

Zu kaufen gesucht:

Komplette Jahrgänge von **Velhagen und Klasings Monatsheften**, ferner: **1920** Heft 5, **1916** Heft 2 **1916** Heft 5.

Brehm's Tierleben.

Andree's Großer Handatlas.

Meyer's großes Konversations-Lexiko, mögl. neuere Auflage.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zeitungsbezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten die den Bezug betreffen, sich stets

an das Postamt wenden,

welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat.

Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen bitten wir eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań ul. Zwierzyniecka 6 zu richten.

Das „Posener Tageblatt“ kann zu jederzeit bestellt werden.

Wir kaufen Schafwolle

beziehungsweise **tauschen** auf Wunsch dafür

Strickwolle

zu den bekannten günstigen Bedingungen.

Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft,

T. z. o. p.

Poznań, ul. Wjazdowa 3, und Filiale: Bydgoszcz, ul. Dworcowa 30.

Möbliertes Zimmer

sucht ab sofort Universitätsassistentin in **Sołacz** oder **Jeżyce**. Gefl. Off. u. **S. D. 4828** an die Geschst. d. Bl. erb.

---

2 geräumige möbl. Zimmer

sofort zu vermiet. u. Offert. u. **4806** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Stellengesuche.

Ausgebildete Lehrkraft

mit poln. Staatsangehörigkeit wird von **deutscher Privat**schule bei wertbeständigem Gehalt gesucht. Gefl. Angeb. unter **L. 4647** an die Geschäftsstelle dies. Blattes erbet.

Die Walddanina.

Das Gesetz über die Walddanina wurde am 6. Juli 1923 beschlossen und am 31. August verg. Js. im „Dziennik Ustaw" Nr. 87 veröffentlicht. Der Wortlaut war schwer verständlich und erforderte eine Auslegung. In der Folgezeit wurden Verordnungen zu diesem Gesetz vom 25. September und vom 18. Dezember im „Dziennik Ustaw" (Nr. 105 u. 132) veröffentlicht, die in der Praxis das Maßgebende sind, da das Grundgesetz durchaus den Charakter eines Rahmengesetzes trägt. Im folgenden bringen wir nach dem „Kurjer Polski" die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes.

Die Einreichung der Erklärungen.

Bis zum 1. Dezember vorigen Jahres (dieser Termin ist fast nirgends eingehalten worden und soll verlängert werden) sollten auf einem besonderen Formular an den Starosten, in dessen Bezirk sich der versteuerbare Waldbesitz befindet, Erklärungen abgegeben werden, zu deren Abgabe verpflichtet sind: 1. Besitzer von Wäldern, die im Zeitraum 1923/24—1932/33 schlagreife Holzbestände besitzen; 2. Besitzer von Holzbeständen, die im Zeitraum 1923/24—1932/33 schlagreif sind; 3. Besitzer von Nutzholzmassen, die sich im Walde in geschnittenem oder verarbeitetem Zustande befinden; 4. Besitzer von Wäldern bzw. Holzbeständen, in denen Einschläge im Zeitraume 1923/24—1932/33 nicht ausgeführt werden können, die ihre Wälder in den Jahren 1920/21—1922/23 ausbeuteten, aber kraft des Gesetzes vom Jahre 1919 weder im ganzen noch teilweise Kontingente abgaben.

Der Erklärung muß der Waldbesitzer ein Verzeichnis der Personen beifügen, denen er im Zeitraume 1920/21—1932/33 Holzbestände verkaufte, und angeben, von welcher Fläche und von welcher Holzmasse sie im allgemeinen, von Nutzholz im besonderen, waren, wann diese Holzbestände verkauft wurden bzw. ausgebeutet werden und ob die Holzmasse schon aus dem Walde abgefahren ist.

Was unterliegt der Walddanina.

Im Grundsatz unterliegen der Walddanina Besitzer von Wäldern und Nutzholzmasse, die sich im Stamm, in geschnittenem oder verarbeitetem Zustande im Walde befindet (ausgeschlossen wird Brennholz und Kienholz). Geschnittenes Holz, das sich im Walde befindet, unterliegt unbedingt der Danina. Holzbestände unterliegen der Danina, wenn sie in dienstbarkeitsfreien Wäldern im Zeitraum 1923/24—1932/33 und in dienstbarkeitsbelasteten Wäldern im Zeitraum 1923/24—1927/28 (mit Ausnahme der Wälder bis zu 50 Hektar) einschlagsfällig sind.

Wer zahlt die Danina.

Die Pflicht der Daninazahlung ruht auf dem gegenwärtigen Besitzer eines Waldes oder Holzbestandes, oder von Holz, das sich geschnitten im Walde befindet. Anders gesprochen: Die Entrichtung der Danina ist etwas wie eine Hypothekenschuld auf die Holzmasse, die sich im Walde befindet. Diese Schuld zahlt die Person, die Besitzerin der Holzmasse ist, ohne Rücksicht darauf, ob und in welcher Form der Erwerb der Holzmasse erfolgte. Wird die Holzmasse aus dem Walde abgefahren, dann verwandelt sich die Danina aus einer hypothekarischen oder die frühere Masse belastende Schuld in eine persönliche, das heißt, der letzte Besitzer der Holzmasse im Walde ist zur Entrichtung der Danina nur in bar verpflichtet; die aus dem Walde abgefahrene Holzmasse in natura selbst ist von einer evtl. Ergreifung für die Danina frei. In der Handelssprache gesprochen: Wer Holz franko Wald kauft, kann erwarten, daß er eine Danina in natura wird entrichten müssen, jedenfalls aber in bar. Wer das Holz franko Station kauft, den geht die Danina nichts an. Was die gegenseitigen Verrechnungen aus dem Titel der Danina zwischen Besitzern von Wäldern, Holzbeständen und ausgehauener Holzmasse betrifft, so finden wir in dieser Frage im Gesetz und in den Verordnungen über die Walddanina keine Hinweise. Entscheidend sind in dieser Hinsicht ausschließlich die Verträge, die über die Ausbeutung der Wälder abgeschlossen waren, wenn in diesen Verträgen weder von der Danina speziell, noch von der Holzabgabe für den Wiederaufbau des Landes etwas gesagt ist, dann muß erkannt werden, daß der Besitzer von geschnittenem Holz bzw. der Besitzer eines Holzbestandes nicht das Regreßrecht zum Waldbesitzer haben. Häufig trifft man Verträge, in denen stillschweigend ausbedungen ist, daß die Herausgabe von Holz für den Wiederaufbau Pflicht des Verkäufers aus dem Besitz des letzteren ist. In diesen Fällen werden unzählige Streitigkeiten über die Frage entstehen, ob die Entrichtung der Walddanina, die ebenfalls für Zwecke des Wiederaufbaues erhoben wird, Pflicht des Verkäufers oder des Käufers sein wird. Die einzelnen Umstände werden die Grundlage für die Entscheidung dieser Streitigkeiten bilden.

Die Höhe und Zahlungsweise der Danina.

Die Danina beträgt 30 Prozent der Holzbestände, die der Danina unterliegen. Sie wird in natura oder in bar, nach dem Ermessen der Regierung, erhoben. Für den Fall, daß die Danina in natura erhoben wird, entscheidet der Starost, aus welchen Einschlägen Holz abgegeben werden soll. Zur Entrichtung der Danina wird gestattet, daß in Wäldern, die mit keinen Dienstbarkeiten belastet sind, fünfjähriger Einschlagsetat im Laufe von drei Jahren in gleichen Jahresmengen ausgehauen wird. Für den Fall, daß die Danina in bar erhoben wird, wird die Höhe der Danina nach den Preisen vom November 1923 berechnet und in Goldfranken nach dem Kurse von 432 500 Mk. für einen Frank umgerechnet. Über die Preise entscheiden die Wojewodschaftskommissionen. Die Veranlagung der Danina erfolgt durch den Starosten. Die Danina ist in drei gleichen Jahresraten, vom Januar 1924 angefangen, zu zahlen.

Abrechnung des Wiederaufbauholzes.

Bauholz, das auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1919 für den Wiederaufbau abgegeben wurde, wird auf die Danina angerechnet. Wurde das Holz bis zum 1. Januar 1922 abgegeben, dann wird es pro Festmeter in gesägtem Zustande als 2 Festmeter in rundem Zustande angerechnet. Erfolgte die Herausgabe nach dem 1. Januar 1922, dann wird das herausgegebene Holz auf dieselbe Art berechnet, aber der Zahler muß die erhaltene Entschädigung, die nach dem Kurs des Goldfrank am Tage der Einziehung der Forderung umvalutiert wird, zurückerstatten. In der Frage der Verrechnung des abgegebenen Kontingents auf die Danina ist keine Regelung der Beziehungen zwischen den Besitzern von Wäldern, Holzbeständen und Nutzmassen enthalten. Indessen werden wohl nicht selten Fälle vorkommen, wo der Besitzer eines Waldes oder Holzbestandes bei der Verrechnung ein Geschäft machen möchte, indem er danach trachtet, daß das aus dem Walde abgegebene Holz mit Nachteil für den Käufer auf den Teil des Waldes oder Holzbestandes verrechnet wird, der im Besitz des Verkäufers geblieben ist. Diese Möglichkeit ist bei der Abgabe der Erklärungen unzweifelhaft von vornherein unmöglich zu machen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 10. Januar.

Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen ersten diesjährigen Stadtverordnetensitzung wurden nach einigen Mitteilungen, von denen die eine die Erhöhung des Wassergeldes betraf, das vom 1. Januar 320 000 Mk. für das Kubikmeter beträgt, die Vorstandswahlen der Stadtverordnetenversammlung und die Wahlen zu den Fachausschüssen vollzogen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde mit 29 von 38 abgegebenen Stimmen Dr. v. Mieczkowski gewählt; 9 Stimmzettel waren leer. Bei der Wahl des stellvertr. Stadtverordnetenvorstehers wurden im ganzen 44 Stimmen abgegeben. Davon fielen 29 auf den Stadtv. Bugzel, 11 Zettel trugen keine Namen. Zum Schriftführer wurde der Stadtv. Krause mit 28 Stimmen gewählt. Stadtv. Ing. Maliński, der zum stellvertr. Schriftführer gewählt wurde, erhielt 31 Stimmen. Zum Beisitzer wurde mit 27 Stimmen der Stadtv. Matelski gewählt. Die bisherige Zusammensetzung des Vorstandes hat demnach keine Änderung erfahren.

Bei den

Wahlen zu den Fachausschüssen

(Rechtsausschuß, Finanz- und Bauausschuß, Rechnungs-Kassenausschuß, Wahlausschuß) wurde auf Antrag des Stadtv. Kowalewski, der seinen Antrag mit der gegenwärtigen Stärke der Sozialistenpartei begründete, der Stadtv. Śniady als 13. Mitglied in den Wahlausschuß hinzugewählt. Gegen die Wiederwahl des bisherigen Protokollführers Tyrakowski erhob sich kein Widerspruch.

Neue Teuerungszulagen.

Den städtischen Beamten und Angestellten sowie den Emeriten und deren Hinterbliebenen wurden Zulagen in Höhe von 156 Proz. mit bestimmten Abzügen bewilligt. Eine Entschließung, in der an den Magistrat das Ersuchen gerichtet wird, eine weitere Zulage von 63 Proz. auszuzahlen, wurde angenommen. Der Magistrat nimmt zu der Entschließung eine wohlwollende Stellung ein.

Die Arbeiterlöhne erfuhren eine Erhöhung um 62 Proz. im Sinne der letzten Feststellung der zuständigen Wojewodschaftskommission.

Die Armenunterstützungen

wurden für den Zeitraum eines Vierteljahres auf 3 Złoty monatlich festgesetzt.

Stadtv. Śniady kritisierte die Niedrigkeit der Sätze unter besonderem Hinweis auf die Winterzeit und appellierte an den Magistrat, er möchte die Unterstützungssätze der Vorkriegshöhe nach Möglichkeit angleichen.

Nach Bewilligung der Kredite zur Deckung der Kosten des Einkaufs von Kanalgittern usw. für die Kanalabteilung und von weiteren Krediten zur Deckung der Kosten der Umgestaltung des Palastes in Naramowice in ein Heim für noch nicht schulpflichtige Kinder wurden

vier Interpellationen

eingebracht. Die erste betraf eine Verlängerung der Frist für die Zahlung der Patentsteuern, für die sich der Stadtv. Habel einsetzte. Der Magistrat wird sich unter Berücksichtigung der vom Interpellanten vorgetragenen Bitte der kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden an die Finanzbehörde zu wenden haben.

Die zweite Anfrage hatte die Beseitigung des Schnees zum Gegenstand. Stadtv. Habel schlug dem Magistrat vor, sich zur Vermeidung größerer Kosten mit einem Appell an die Bürgerschaft zu wenden, freiwillig Gespanne zu stellen.

Stadtv. Dr. Stark fragte an, wie es komme, daß die 5. Bürgerschule in Wilda schon mehrere Tage wegen Brennstoffmangels ohne Unterricht gewesen sei. Von seiten des Magistrats wurde erklärt, daß die nötigen Kohlen angewiesen worden seien. Übrigens habe der Magistrat nicht mehr denselben Einfluß auf das Schulwesen wie früher.

Die letzte Interpellation betraf die Mietsätze. Der Interpellant, Stadtv. Perliński, fragte den Magistrat, ob es wahr sei, daß der Magistrat dem Urząd Rozjemczy aufgetragen habe, in Streitfällen zwischen Hausbesitzern und Mietern folgende Sätze anzunehmen: Für jede 100 Vorkriegsmark 2½ Schweizer Franken.

Stadtrat Nowicki erklärte, daß der Magistrat eine solche Anordnung nicht getroffen und auch keinen ähnlichen Beschluß gefaßt habe. Der Magistrat wisse, daß er nicht dazu befugt sei, und sei lediglich bemüht, eine Verständigung zwischen den Hausbesitzern und Mietern herbeizuführen.

Zum Schluß erklärte Stadtv. Perliński, daß, wenn die Regierung, die Selbstverwaltung und die Bankinstitute valorisieren könnten, es den Hausbesitzern doch auch gestattet sein müsse, worauf er den Zuruf erntete: „Noch ist es nicht gestattet!" In ostentativer Weise kündigte der Interpellant an, daß er die ihm von drei vermögenden Mietern angebotenen Mieten zur Verwendung für die Armen spenden wolle, wenn die Namen der drei Mieter veröffentlicht würden.

Das Einkommensteuer-Abzugsverfahren für 1924.

Das Steuerdepartement des Finanzministeriums gibt folgendes bekannt: Zwecks zweifelsfreier Festlegung des Verfahrens beim Abzug der Einkommensteuer im Jahre 1924 von Gehältern, Pensionen und Löhnen, insbesondere von Teuerungszuschlägen, die im Laufe des Monats schon nach Auszahlung der festen Bezüge zur Auszahlung gelangen, wird folgende Aufklärung gegeben:

Wenn die Auszahlung von Teuerungszulagen bzw. anderen periodischen Zuschlagsentlohnungen des Monats schon nach Auszahlung der festen Bezüge erfolgt, dann ist zur Bestimmung der Höhe der Steuer von der Teuerungszulage bzw. von anderen Zuschlagsleistungen die im Jahresverhältnis berechnete Summe der schon ausgezahlten festen Bezüge und der erwähnten Zuschläge als Grundlage zu nehmen. Die auf diese Weise festgesetzte Prozentstufe dient zur Berechnung der Steuer von Zuschlagsbezügen und kann eine Erhöhung der in Abzug gebrachten Steuer von bereits ausgezahlten festen Bezügen nicht bewirken.

Erstes Beispiel: Es werden einem Angestellten am 1. Januar als Monatsbezug 500 Millionen ausgezahlt. Auf diese 500 Millionen entfällt nach der im Rundschreiben des Finanzministeriums vom 18. Dezember 1923 angegebenen Skala eine Steuer von 7 Millionen Mark nach dem Prozentsatz von 1,4. Am 15. Januar erhält der Angestellte eine monatliche Teuerungszulage, sagen wir in Höhe von 100 Millionen. Zur Berechnung der Steuer von dieser letzten Entlohnung werden nun die oben erwähnten 500 Millionen zu den 100 Millionen hinzugezählt und die 600 Millionen mit 12 multipliziert, so daß sich 7 200 000 000 ergeben. Auf diese Summe entfällt ein Prozentsatz von 1,7. Der Arbeitgeber muß bei der Auszahlung des Zuschlags vom 15. Januar eine Steuer von 1 700 000 Mk. in Abzug bringen.

Zweites Beispiel: Angenommen, es wird demselben Angestellten am 20. Januar 1. eine weitere Ergänzung zum Monatsbezug in Höhe von 50 Millionen, 2. eine Remuneration bzw. einmalige Beihilfe in Höhe von 200 Millionen Mk. ausgezahlt, dann werden zu der im Beispiel errechneten Summe von 600 Millionen, die am 20. Januar ausgezahlten 50 Millionen hinzugezählt. Die 650 Millionen werden mit 12 multipliziert, so daß sich 7 800 000 000 ergeben. Zu dieser Summe wird die einmalige Zahlung von 20. Januar in Höhe von 200 Millionen hinzugerechnet, wodurch eine Summe von 8 Milliarden entsteht. Da der Prozentsatz für 8 Milliarden nach der erwähnten Skala 2 Prozent beträgt, ist bei der Auszahlung der 250 Millionen am 20. Januar eine Steuer von 5 Millionen in Abzug zu bringen.

Eine behördliche Maßnahme gegen die hohen Viehpreise.

Unsere Leser werden in der letzten Ausgabe den sonst üblichen Viehmarktsbericht über den Mittwochviehmarkt vermißt haben. Das hatte seinen Grund darin, daß auf dem gestrigen Viehmarkt infolge behördlicher Maßnahmen des Starostwo Grodzkie im Viehhandel eine ganz ungeheure Panik ausgebrochen war, so daß die amtlichen Viehpreise entgegen der bisherigen Praxis beim gestrigen Redaktionsschluß noch nicht feststanden. Über den Anlaß zu dem behördlichen Eingreifen kann nirgends ein Zweifel bestehen: die in den letzten Wochen fortgesetzt ins Ungemessene gestiegenen Viehpreise, die ihre Hauptursache in einer maßlosen Spekulationswut hatten, und die einer Reihe von Viehhändlern Milliardengewinne in den Schoß warfen, während die Fleischpreise für die Mehrzahl der Posener Einwohnerschaft unerschwingliche Höhe erreichten, hatten das Starostwo Grodzkie zu einer energischen Maßnahme veranlaßt. Ein großes Aufgebot von uniformierten und Kriminalschutzmännern war zur Überwachung des Viehhandels und zur Feststellung aller wucherischen Fälle auf dem Viehmarkte erschienen. Der Viehmarkt war auf allen Gebieten gut beschickt; große Viehtransporte waren u. a. auch von Danziger Viehhändlern eingeführt worden, die mit einem glänzenden Geschäft rechneten, da die Danziger Viehpreise im Verhältnis viel niedriger sind als die hier gezahlten. Aber sie hatten sich diesmal verrechnet. Die polizeiliche Viehmarktkontrolle rief eine derartige Baisse in allen Viehpreisen hervor, daß die Viehhändler diesmal statt der erhofften großen Gewinne ebenso große Verluste hatten. Soll doch dem „Dziennik" zufolge der gestrige Verlust eines Danziger Viehhändlers gegen drei Milliarden Mark betragen haben. Im Anschluß an den gestrigen Viehmarkt fand im Starostwo Grodzkie eine Beratung der Fleischermeister über die Preiskalkulation statt.

X **Die Valorisierung der Paßgebühren.** Dem allgemeinen Streben nach Valorisierung haben sich natürlich auch die erst kurz vor dem Weihnachtsfeste erheblich gesteigerten Auslandspaßgebühren anschließen müssen. Es sind jetzt für einen polnischen Auslandspaß einschl. Sichtvermerk und Paßbuch 15½ Valorisierungsfranken zu bezahlen, das waren am gestrigen Mittwoch nach polnischem Gelde 24 490 000 Mk. (Bisher betrugen diese Gebühren 15 300 000 Mk.) Die Verlängerung eines Auslandspasses allein kostet einschl. des Visums 15 Goldfranken, der polnische Sichtvermerk allein 5 Franken. Ein Dauerpaß für Ausländer nach Danzig kostet 45 Franken; polnische Staatsbürger können bekanntlich auf den Personalausweis allein nach Danzig fahren.

Neue Stempelmarken. Mit dem 7. d. Mts. wurden neue Stempelmarken im Werte von 100 000, 500 000 und 1 000 000 M. in den Verkehr gebracht.

Die Zuständigkeit der Friedensgerichte in Zivilfragen ist dahin erweitert worden, daß hierzu Angelegenheiten gehören, deren Einklagewert 150 Millionen oder, wenn es sich um Gegenstände lebenden und toten Landwirtschaftsinventars handelt, eine Milliarde nicht übersteigt.

Verschärfte Kontrolle unerlaubter Tabakeinfuhr. Die Einfuhr Danziger Tabakerzeugnisse nach Polen hatte in der letzten Zeit einen wachsenden Umfang angenommen. Darauf hat sich die Finanzkontrolle veranlaßt gesehen, den Personen- und Güterverkehr von Danzig nach Polen in Dirschau schärfer zu überwachen. Auch die übrigen Grenzeisenbahnstationen werden jetzt genauer kontrolliert. Nach Berichten polnischer Blätter ist es jetzt gelungen, dem Tabakschmuggel wirksamen Abbruch zu tun. Man erwartet einen noch größeren Erfolg durch die stärkere Besetzung der sogenannten „grünen Grenze".

X **Der übliche Schaufenstereinbruch** wurde vergangene Nacht in das Kaffeegeschäft „Tenga" in der ul. Głogowska 98 (fr. Glogauer Straße) verübt, nachdem die sehr wertvolle Scheibe am Eingange zum Laden mit einem großen Feldstein zertrümmert worden war, der im Schaufenster vorgefunden wurde. Aus dem Schaufenster war ein Teil der Ware gestohlen worden.

* **Dirschau** 8. Januar. Nach Mitteilung des hiesigen Kreisschulinspektorats bleiben die Volksschulen in der Stadt und im Kreise, sowie die Fortbildungsschule wegen der großen Schneefälle bis auf weiteres geschlossen.

* **Neutomischel,** 7. Januar. Der Braumeister der hiesigen Lagerbier-Brauerei hat, der hiesigen „Kreiszeitung" zufolge, seinem Leben durch Erhängen ein jähes Ziel gesetzt. Das Motiv zu dieser traurigen Tat ist unbekannt. Der Verstorbene war unverheiratet und stand im besten Mannesalter und wird als tüchtiger und intelligenter Fachmann geschildert.

* **Rawitsch,** 6. Januar. Der Magistrat erhöhte vom 1. v. Mts. ab die Preise für 1 Kubikmeter Gas auf 350 000 M., für 1 Kubikmeter Wasser auf 300 000 M., für 1 Kilowattstunde Lichtstrom auf 550 000 M. und für 1 Kilowattstunde Kraftstrom auf 500 000 M.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Kowno,** 2 Januar. Im Kreise Birsche wurde ein Förster, der durch den Wald fuhr, von Wölfen angefallen und vollständig zerrissen. Auch in der Nähe von Riga versuchte ein Wolf einen Überfall auf einen in die Stadt fahrenden Bauern, der jedoch das Raubtier durch Revolverschüsse zur Strecke brachte.

□ **Danzig,** 7. Januar. (A. W.) Seit Sonnabend fällt wieder ununterbrochen Schnee. Der nach den ersten Schneestürmen wieder aufgenommene Eisenbahnverkehr ist wieder ernstlich bedroht. Die Störungen im Vorortverkehr wirken auf die Zufuhr der Lebensmittel ein, deren Mangel in der Freistadt immer fühlbarer wird.

Neues vom Tage.

Schneesturm in England und Hochflut an den Küsten.

London, 9. Januar. (Pat.) Im Laufe der letzten 24 Stunden wütete über ganz Südengland ein fürchterlicher Schneesturm. Die Meereswellen trieben viele Schiffe ans Ufer. Nach radiotelegraphischen Meldungen kämpfen viele Schiffe auf hoher See mit ungeheurem Wellengang. Die Flugverbindung mit dem Kontinent ist unterbrochen worden.

Paris, 9. Januar. (Pat.) Man meldet von sehr starker Flut an den Küsten des Atlantischen Ozeans und am Ärmelkanal. Viele Schiffe wurden zertrümmert, Menschen sind dabei anscheinend nicht umgekommen.

§ **Furchtbares Dampferunglück in Trapezunt.** Nach Meldungen aus Konstantinopel traf den Dampfer „Conajas", der auf der Fahrt von Konstantinopel nach Odessa infolge eines furchtbaren Schneesturmes Trapezunt anlaufen wollte, ein schreckliches Unglück. Infolge des Sturmes und Nebels irrte er sich über die Richtung und rannte an einen Leuchtturm. Der Dampfer zerbarst und sank innerhalb weniger Minuten mit 300 Passagieren

§ **Eifersuchtstat eines Chauffeurs.** Aus San Franzisko wird gemeldet, daß in Los-Angelos ein reicher amerikanischer Petroleum-Industrieller, M. Courtland Dives, von dem Chauffeur einer Filmdiva getötet worden ist. Er hatte in seinem Hause ein Fest veranstaltet, an dem u. a. auch zwei bekannte Filmschauspielerinnen, Mabel Normand und Edna Purviance, teilnahmen. Der Chauffeur der Miß Mabel Normand scheint gefunden zu haben, daß das Fest zu lange dauere, denn nachdem er mit seinem Auto einige Stunden lang gewartet hatte, erschien er in der Wohnung des Gastgebers und erklärte, er verlasse den Dienst, wenn die Dame nicht sofort heimfahre. M. Courtland Dives antwortete, indem er ihm eine Champagnerflasche an den Kopf warf, worauf der Chauffeur einen Revolver zog und den Hausherrn durch mehrere Schüsse niederstreckte.

Briefkasten der Schriftleitung.

L. F. in Pl. 1. Uns unbekannt. 2. Eine bessere Zugverbindung mit Breslau als die von Ihnen erwähnte gibt es unseres Wissens nicht.

K. M. in K. 1. Sie sind nicht verpflichtet, das Darlehen in oberschlesischen Steinkohlen zurückzuzahlen, wohl aber in einem der Geldentwertung entsprechend erhöhten Betrage. 2. Wenn Sie Zinsverluste erlitten haben, so sind Sie selbst daran schuld. Wenden Sie sich schleunigst in dieser Angelegenheit an die Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego in Poznań. 3. Wenn Ihr Prozeßgegner auch in der 2. Instanz, wie wir annehmen, verurteilt werden wird, hat er Ihnen die baren Auslagen pp. zu ersetzen. Die Annahme eines Rechtsanwalts dürfte sich empfehlen, ist aber nicht durchaus erforderlich.

St. in O. Es ist uns nicht mehr möglich, den damaligen Stand des Schweizer Franken festzustellen. Dagegen war der Kurs des Dollars am 1. November 1922: 3388 Mk. polnisch und 181.31 Mk. deutsch.

H. in W. Eine Rentenmark deutsch ist einer Goldmark gleich. Den Kurs für die Goldmark erfahren Sie jeden Tag im Handelsteil unserer Zeitung. Augenblicklich ist eine Goldmark = 2 320 000 Mkp.

Worte zur Altershilfe.

Wer aufmerksamen Sinnes durch die Straßen Posens geht, dem wird nicht entgehen, in wie vieler Menschen Antlitz die Not der Zeit ihre Furchen eingegraben hat. Helft, daß in ihren Gesichtszügen sich wieder etwas Sonnenschein widerspiegelt, daß sie von einem Strahl der Nächstenliebe getroffen werden, und spendet für die Altershilfe.

Professor Stiller.

Geldspenden nehmen alle deutsche Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

Spenden für die Altershilfe.

Frau Rittergutsbesitzer Joh. Bardt, Luboß	700 000.— M
Skatabend bei W. S.	10 000 000.— „
„ „ T.	6 000 000.— „
„ „ Ch.	5 000 000.— „
„ „ Frau Hedwig Vogel, Kościan	3 500 000.— „
Kegelklub „Gut Holz", Hardenbergschloß	13 500 000.— „
Evangelische Schule in Czekanowo	1 800 000.— „
H. J. J. K. Spielgewinn	471 000.— „
	4 971 000.— M.
Vortrag aus Nr. 8	549 558 [illegible].— „
zusammen	59[illegible].— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Deutsches Notopfer.

Ungenannt	2 000 000.— M.
Vortrag aus Nr. 3	5 000 [illegible].— „
zusammen	7 000 000.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel und Wirtschaft.

Frankreichs zerrüttete Währung.

Im Verlauf des Jahres 1923, dem Jahr der Wirtschaftskatastrophen, hat auch die Erschütterung der Währungen Mitteleuropas nicht spurlos am französischen Franken vorüberzugehen vermocht. Wird der französische Frank noch am 2. 1. 23 in Neuyork mit 7,42 Cents bewertet, so ist die Bewertung am 2. 1. 24 auf 4.97 Cents gesunken. Also eine Wertverminderung um rund 33 % ist eingetreten. Der Vorkriegskurs für den Franken betrug jedoch 19,30 Cents, das sei als Wertmesser angegeben. Um unseren Lesern einen genauen Ueberblick über das Jahr 1923 für Frankreich zu geben, und wir in Polen müssen mehr oder weniger doch mit Frankreichs Wirtschaftslage, als reine kaufmännische Orientierung rechnen, bringen wir nachstehend in tabellarischer Zusammenstellung die Entwicklung des französischen Franken, zu dem nun mehr als je das Vertrauen untergraben ist. Die Konsequenzen, die die Geschäftswelt in Polen aus diesen Zahlen ziehen wird, sind bedeutend genug, um von neuem zu sagen, ob es für Polen günstiger ist mit deutschen oder französischen Wirtschaftskreisen in nähere Beziehung zu treten. In Deutschland steht uns eine neue Festwährung gegenüber — in Frankreich eine vom Inflationsbazillus stark infektierte fallende Währung. Diese Tatsachen genau zu beachten, wird für das Jahr 1924 von entscheidendem Vorteil sein.

Der Sturz des Franken an der Newyorker Börse 1923/24 (einschl. 4. 1. 24) stellt sich folgendermaßen dar: (Cents für 1 franz. Franken)

Tag		Tag	Aug. 1923	Sept. 1923	Okt. 1923	Nov. 1923	Dez. 1923
2. Januar	7,42	1.	5 73	5,67	—	—	—
10. „	6,95	2	5 75	5,63	5,98	5,87	5,41
17. „	6,67	3.	5,78	—	5,98	5,79	5,41
22. „	6,35	4.	5,83	5,62	5,87	—	5,34
31. „	5 71	5.	—	5 58	5,95	5.78	5,46
5. Februar	6,45	6.	5,77	5,54	5,89	5,78	5,43
10. „	6.20	7.	5 68	5 56	—	5,73	5,33
21. „	6,14	8.	5 68	5,57	5,99	5,73	5,34
28. „	6 11	9.	5,66	—	6.16	5,74	—
3. März	6,11	10.	—	5,57	6.08	5,58	5 34
10. „	6,04	11.	5,68	5,78	6,08	—	5,40
15. „	6 23	12.	5.55	5.75	—	5.55	5 32
21. „	6,69	13.	5,49	5,75	6,08	5 57	5,31
31. „	6,65	14.	5 45	5.84	—	5,46	5.30
3. April	6 56	15.	5 53	5,87	6.13	5.33	5,29
10. „	6 69	16.	5.52	—	6,16	5,22	—
16. „	6,66	17.	5,52	5,79	6,07	5,24	5,23
30. „	6,73	18.	5,57	5,77	5,97	—	5,23
3. Mai	6,60	19.	—	5,88	5,98	5,41	5 17
16. „	6 65	20.	5,57	5 88	5 89	5 36	5.18
23. „	6,67	21.	5,67	5,93	—	5 49	5.10
30. „	6 48	22.	5,56	6 02	5.78	5.43	5.05
1. Juni	6 50	23.	5.[illegible]9	—	5,81	5,38	—
9. „	6 42	24.	5 63	6.15	5 81	5,45	—
16. „	6,29	25.	5.72	6,25	5 68	—	—
25. „	6 18	26.	—	6,13	5,92	5,47	5 00
30. „	6 05	27.	5,69	6,15	5,92	5,40	5,12
4. Juli	5 87	28.	5.74	6,15	—	5.36	5 12
10. „	5,91	29.	5 67	5,95	5,86	53,6	5 13
23. „	5.99	30.	5,64	—	5,87	53 6	—
31. „	5,82	31.	5 58	—	5,88	—	5,09

2. Januar 1924: 4,97
3. Januar 1924: 4,90
4. Januar 1924: 4,87

Von den Aktiengesellschaften.

„Anitera", T. A., Marmeladenfabrik in Posen (Luisenhain) Die Generalversammlung vom 5. Januar 1924 hat den Beschluß gefaßt, eine Dividende von 100 Prozent auszuschütten. Die Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego hat die Auszahlung der Dividende übernommen.

„Zegar", T. A., Schrimm. Die Generalversammlung vom 11. September 1923 hat den Beschluß gefaßt, das Aktienkapital um 40 Millionen auf 60 Millionen durch Ausgabe von Aktien 2. Em. zu erhöhen. Die **Bank Handlowy** hat die neue Emission übernommen und bietet die neuen Aktien den alten Aktionären zum Bezuge an. Auf eine alte Aktie kommt eine junge zum Kurse von 500 Prozent. Die Generalversammlung hat beschlossen, die Aktien am 12. Mai zu valorisieren, dergestalt, daß jede Aktie zu 1000 M. nom. gleich 63 poln. Groschen ist, oder 63 Centimen des Schweizer Franken, berechnet nach dem Kurs am Valorisierungstage. Die jungen Aktien sind ab 1. Januar 1924 dividendenberechtigt. Das **Bezugsrecht erlischt am 22. Januar 1924.**

Towarzystwo Budowlane, T. A., in Posen. Die Generalversammlung findet am 26. Januar 1924 in den Geschäftsräumen der Bank Zjednoczenia in Posen, Aleje Marcinkowskiego Nr. 8, nachm. 4 Uhr, statt. (M. P. 5.)

Wielkopolska Wytwornia Chemiczna, T. A., in Posen. Die Gesellschaft gibt bekannt, daß in den Aufsichtsrat folgende Herren gewählt worden sind: Ing. Josef Kozielewski, Bankdirektor Sigmund Dragowski und Bankdirektor Johannes Ruckgaber, sämtlich in Posen. (M. P. 5.)

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 8. Januar. (In freiem Verkehr in 1000 Mkp. pro 1 Gr. fein.) **Gold** 7000, Silber 220, Platin 35 000. 1 Goldrubel 6300, Silberrubel 3500, Bilon 1500. — London, 7. Januar. Diskont 3⁹/₁₆, Silber bar 33¹¹/₁₆, drei Mon. 32¹³/₁₆, Gold 97. — Neuyork, 7. Januar. Diskont 4¾. Ausl. Silber 64⅜.

Metalle. Berlin, 8. Januar. Raff Kupfer (99—99,3) 1,07—1,10, Orig. Hüttenweichblei 0,55—0,57, Hüttenrohzink 0,60—0,62, Remeltedplattenzink 0,50—0,52, Orig. Hüttenaluminium in Barren und Blocks 99proz.) 2,10, Bancazinn 4,50—4,55, Hüttenzinn (99proz.) 4,30—4,45, Reinnickel (98—99proz.) 2,30—2,40, Antimon Regulus 0,65—0,67, Silber in Barren (900 fein) 92—94. — London 7. Januar. Standardkupfer 61,8,9, 3 Mon. 61,3,9, Elektrolit 65,15, Standardzinn 238,2,6, 3 Mon. 239,12,6, Blei bar 32,5, 3 Mon. 30,15, Zink bar 34,2,6, 3 Mon. 33,17,6, engl. Antimon 44,15, Quecksilber 9,13,9. — Neuyork, 7. Januar. Elektrolitkupfer 13,00, Zinn 47,50, Blei 8,00, Zink 6,37, Roheisen (Dollar je To.) 22,75, Weißblech (Dollar je 100 lbs.) 5,50.

Häute und Leder. (In Tausend Mkp.) Rind gef. 800, trocken 1500, Hammel gef. woll. 600, trocken 1400, trocken nackt gef. Stck. 1000, Kalb gef. Stck. 8000, trocken 6000, Roß gef. Stck. 18 000, trocken 17 000, Ziege trocken Stck. 6500, gef. 5500, Winterhasen Stck. 1000, Kaninchen Pfd. 500, Frühjahrsreh Stck. 1500, Fohlen gef. Stck. 3000, trocken 4000, Winterkatze Pfd. 1000, Zickel Stck. 400, Lamm Stck. 250. Roßhaar Pfd. 2500, Mähnenhaar 1500. Tendenz anziehend.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 8. Januar.** (Markt der nichtnotierten Werte. Chyże 40 000, Kujawy 85 000, Zbiersk 2 500, Zduny 140 000, Mała Wieś 500, Bruzików 1275, Elektrownia na Sanie 780 (gestern 750), Gazy 127 500, Jaworzno 120 000, Lechita 575, Lokomotywy 3000, Nitrat 2000, Michlejd 2001, Hurt. Opałowa 80, Guma Rubber 161, Granat 230, Tow. Przem. Węglowego 350 Polprod 8.0.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 8. 1. 24 (in 1000 Mkp.) für **Goldmünzen** (in Klam. **Silbermünzen**): Rubel 4 176 (2 775.6), Mark 1933 7 (771), Krone 1 641.5 (613.7) lateinische Münzeinheit 1 566 2 (643.7), Dollar 8 119 (3 710) Pfund Sterling 39 50[illegible] (sh. 806.4) türkisches Pfund 35 639 österr. Dukaten 18 370 (fl. 1 713) belgische und holländische Dukaten 18 527, holländischer Gulden 3 23[illegible] (1457) schwedische Krone 2 175.4 (925.2) 1 g Feingold 5 395.4 (154.2).

≠ **Die polnische Mark am 8. Januar. Danzig:** 0.568 bis 0.572 (Parität: 1 725 000). Auszahlung **Warschau** 0.558 bis 0.5[illegible]2 (Parität: 1 785 000). **Wien:** 65—75 (Parität: 143.—). **Prag:** 2.975—3.975 (Parität: 335 000). Auszahlung **Warschau** 3.35 (Parität: 300 000). **London:** Auszahlung **Warschau** 0.000000286 (Parität: 35 000 000). **Neuyork:** Auszahlung **Warschau** 0.000016 (Parität: 6 250 000). **Riga:** Auszahlung **Warschau** 0.03 (Parität: 50 000).

≠ **Berliner Börse vom 8. Januar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 627 923,** Brüssel 191 022 Christiania 620 445, Kopenhagen 753 100, Stockholm 1 137 150 Helsingfors 107 730, Italien 189 525, **London 18 234 250, Neuyork 4 189 500** Paris 216 458, **Schweiz 758 100,** Spanien 550 620, Japan 1 935 0.0, Wien abgest. 61 845, Prag 128 178, Budapest 218 457, Bulgarien 309.2, Jugoslawien 48 378.

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 8. Januar.** Freiverkehr. (In Millionen, polnische in 1000.) **Auszahlung:** Bukarest 22 089 G. 22 311 B.; Riga 16 475 G., 16 725 B., Reval 10 420 G., 10 530 B., Kowno 415 800 G., 424 200 B., Kattowitz 395 G., 405 B. — **Noten:** polnische 350 G., 360 B., lettische 15 405 G., 16 195 B., estnische 9750 G., 10 250 B., litauische 400 G., 420 B.

≠ **Züricher Börse vom 8. Januar.** (Amtlich) Neuyork 5.7325 London 24 68 Paris 28.05. Wien 0.008075. Prag 16.70 Mailand 24 75. Brüssel 24.80. Budapest 0.0295. Helsingfors 14.25. Sofia 4 10, Amsterdam 216.75. Christiania 83. Kopenhagen 101. Stockholm 151.50. Madrid 73.25, Bukarest 2.975, Berlin 1.25, Belgrad 6.40, Athen 12, Konstantinopel 3.08.

≠ **Wiener Börse vom 8. Januar.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Brażnica 155—160, Montany 225, Zieleniewski 338, Apollo 840, Karpaty 473.1, Fanto 3870, Galicja 23 950, Schodnica 1420, Lumen 69, Bank Hipoteczny 23.9. Kolej Północna 10 300 Nafta 2200, Czerniowce—Lwów 350, Bank Małopolski 21.5, Browary 270.

Warschauer Vorbörse vom 10. Januar.

Dollar 9 700 000—9 750 000. **Engl. Pfund** 41 900 000. **Schweizer Franken** 1 695 000. **Französischer Franken** 480 000.

≠ **Der Kurs des Valorisationsfranken ist für den 11. Januar auf 1 910 000 festgesetzt worden.**

Warschauer Börse vom 9. Januar.

Devisen:

Belgien	430 000—420 000	Paris	500 000—475 000
Berlin und Danzig	—.—	Prag	289 000—282 000
London	43 000 000—41 850 000	Schweiz	1 710 000—1 695 000
Neuyork	10 000 000—9 750 000	Wien	140.00—133.00
Holland	3 678 000—3 740 000	Italien	430 000
Goldfrank	1 910 000	Złotybons	—.—

Danziger Mittagskurse vom 10. Januar.

1 Million poln. Mark	0,57 Gulden
1 Dollar	5,88

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

	10. Januar	8. Januar
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	7.0	—.—
Bank Poznański I.—II. Em.	180	—.—
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	850—950—925	750—700—800
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	1 900—2 100	1 750—1 700
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	950	900
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	330—300	210
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	35—40	25—30
Bank Młynarzy I.—II. Em.	100	100
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	775—800	630
Bydgoska Fabr. Mydeł I.—II. Em.	5 0	400—375
R. Barcikowski I.—VI. Em.	250	200
Browar Krotoszyński I.—IV Em.	1 600—1 650	1 200
Centrala Przemysłu Rzeźnickiego	—.—	57.5
H. Cegielski I.—IX. Em.	500—550—520	420—480—440
Centrala Rolników I.—VII. Em.	180—200	130—100—120
Centrala Skór I.—V. Em.	900—950	725—700
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	17 500—18 000	—.—
Dębienko I.—IV. Em.	350—400	300
Gniewana	350—300	250
Garbarnia Szwiecki Opalenica I. Em.	300	270—250
Goplana I.—III. Em	625	—.—
C. Hartwig I.—VI. Em.	300—450	300—275
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1 750—2 000	1 500—1 400
Hamojan I.—III. Em.	—.—	45
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	55—70	—.—
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	55—80	45
Hurtownia Skór I.—III. Em.	250—220	200—180
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	2 600—2 900	2 500—2 300
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	260	250
Iskra I.—III. Em.	1 000	800
Konserwy Mięsne w Bydgoszczy	1 400	—.—
Juno I.—II. Em.	—.—	800
Len w Toruniu ohne Bezugsr.	400	—.—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	23 000	17 000—18 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	12 000—13 000	10 000—9 500
Młyn Parowy w Gnieźnie	400	—.—
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	550—600	475—450
Młynotwórnia I.—V. Em.	650	500
Orient I.—II. Em.	—.—	100
Płótno I.—III. Em.	350—400—360	300—250
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	350	250—200
„Prowa" Węclewski i Śliwiński, I.—II. Em.	—.—	100
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	850—925	650—590
Pneumatik I.—IV. Em.	70—80	60
Bracia Stabrowscy (Zawadzki) I. Em.	2 000	—.—
Spółka Stolarska I.—II. Em	850—925	—.—
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em.	35	25
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em.	400	370
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	85—100	80—85
Tkanina I.—IV. Em.	350—300	300
Tri I.—III. Em.	900	—.—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	3 500—3 700—3 600	2 750—2 500
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	—.—	850
Płótno I.—IV. Em.	—.—	400
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	5 500—6 750	—.—
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	300—280—300	180—160—170
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	800—900—850	550

Tendenz: stark.

≠ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Dollarkurs der **Warschauer** Vorbörse vom 10. 1. 24 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) **2 320 000 Mkp.**

≠ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Guldenkurs der **Danziger** Vorbörse vom 10. 1. 24. 1 Dollar in Polen = **10 310 000 Mkp.** (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = **2 459 300 Mkp.**

Berliner Vorbörsenbericht

vom 9. Januar.

Disk.-Kom.-A. 20 Bill. — Milliard.		Ausz. London	18 Bill. 300 Milliard.
Polnische Noten	—.—	„ Neuyork	4 Bill. 200 Milliard.
Auszahlung Holland	270 000		

Posener Viehmarkt vom 9. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 170 000 000 M., II. Sorte 155 000 000 bis 160 000 000 M., III. Sorte 130 000 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 150 000 000 M., II. Sorte 120 000 000—130 000 000 M., III. Sorte 100 000 000 M.

II. **Schweine:** I. Sorte 220 000 000—230 000 000 M., II. Sorte 200 000 000 M., III. Sorte 180 000 000—185 000 000 M.

III. **Schafe** I. Sorte 150 000 000 M., II. Sorte 120 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 32 Ochsen, 136 Bullen, 169 Kühe, 289 Kälber, 1312 Schweine, 390 Schafe, 4 Ziegen. — Tendenz: sehr ruhig.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. **Wilhelm Loewenthal** (z. Zt. auf Urlaub). Verantwortlich: für Politik Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.